

Einladung zum 5. WRB-Anlass

1. Teil:

Wann: **Freitag, 14. November 2014 19.15 – 21.30 Uhr**

Wo: Restaurant Gleis 13, Olten, 1. Stock (direkt neben dem Gleis 12)

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

2. Teil:

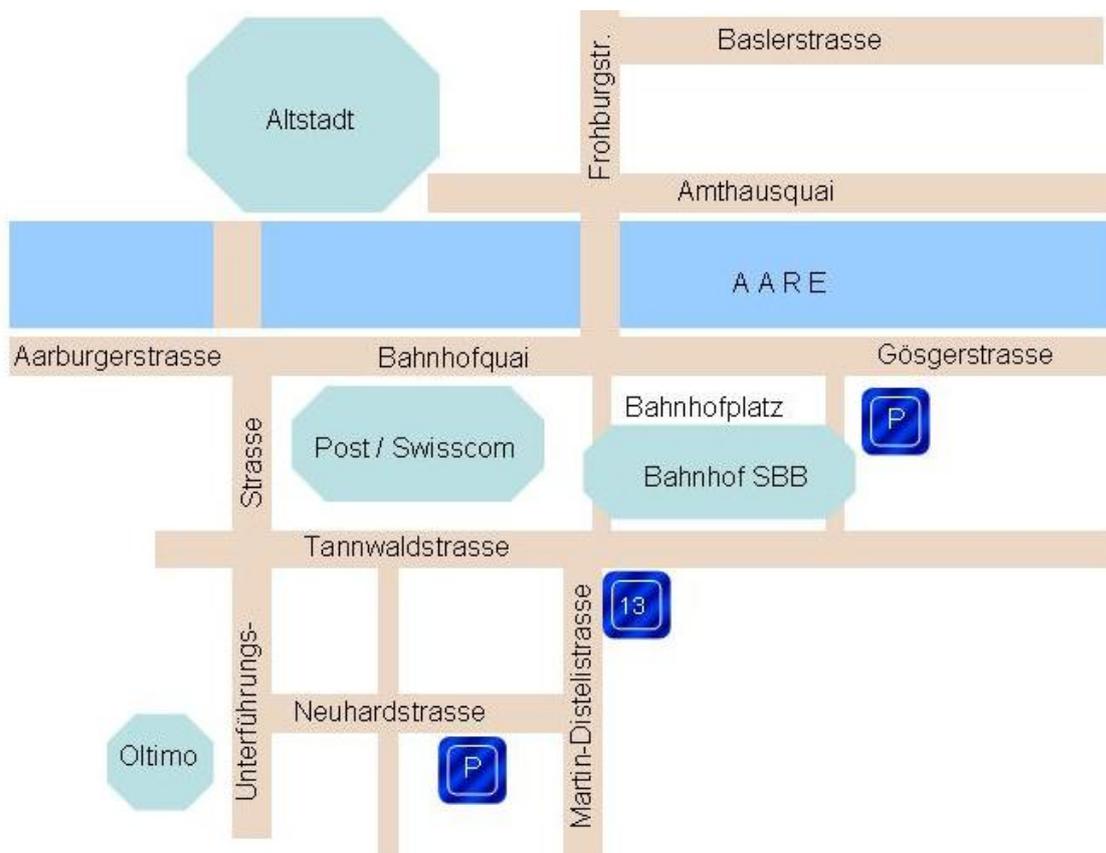
Wann: **Samstag, 22. November 2014 09.15 – 12.30 Uhr**

Wo: Restaurant Gleis 13, Olten, 1. Stock (direkt neben dem Gleis 12)

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

Lageplan Restaurant Gleis 13 in Olten (032 296 68 76)



Thema des WRB-Werkstattanlass in Olten

„Die Geschichte und der Wandel der Linken in der Schweiz und darüber hinaus.“

Was heißt links?

Alle schimpfen über PDS und WASG. Zeit für einen Grundkurs in linker Politik VON MATHIAS GREFFRATH

Quelle: DIE ZEIT

Das Gespenst einer Links-Partei nimmt zweistellige Gestalt an, und Panik breitet sich aus – nicht nur bei Mandatsverteidigern, sondern auch bei der mittelständischen Intelligenzija. [Monika Maron](#) und Klaus Harpprecht schießen in der Welt Sperrfeuer mit Großkalibern: Nationalismus, Demagogie, Charakterfehler. Im FA Z - Feuilleton lesen wir Populistisches über "[Lafontaines](#) klotzige Villa in [Saarlouis](#)". Und in der taz hält ein staatsalimentierter Kreativer das bloße Wort "Gewerkschafter" für ein Argument. Allenthalben argumentfreie Ausgrenzungsrhetorik. Vulgärmarxisten könnten jauchzen: Die Sinnlieferanten der "Neuen Mitte" vertreten wie auf Knopfdruck ihr Klasseninteresse – die Überflüssigen so billig wie möglich zu ernähren und den Lohn deutscher Putzfrauen von der Steuer abzusetzen, wie [Peter Hartz](#) es vorgeschlagen hat. "Die märchenhafte Gier der Mittelschichten" hat [Peter Glotz](#) das genannt.

Die Stigmatisierung der "Linkspartei" als extremismusverdächtige, unhippe Loser-Bewegung wird ihren Einzug ins Parlament nicht verhindern. Zu realistisch das Unsicherheitsgefühl in den unteren Rängen; zu tief bei allen Gewerkschaften die Überzeugung, den "strategischen Bündnispartner verloren" zu haben (DGB-Chef Sommer); zu populär die Großparole, mit der die neue sozialdemokratische Partei das ungenutzte Label "links" requiriert hat: Gerechtigkeit.

Angesichts derart heftiger Emotionen müssen wir wohl die alte Frage, was denn nun "links" im globalen Kapitalismus sei, noch einmal durchnehmen – zusammen mit der neuen, ob die frisch geschmiedete Formation mittelfristig eine Alternative zur [SPD](#) werden kann.

Was also ist "links"? Zunächst das Grundsätzliche: Die Emanzipation der unteren Schichten zum Bürger ist erst vollendet, wenn neben der Freiheit von

politischer Willkür und der Gleichheit vor dem Gesetz auch die Solidarität zum Grundgesetz der Gesellschaft wird. In der Industriemoderne heißt das "organische Solidarität" (Émile Durkheim): An die Stelle von moralisch motiviertem "Eintreten für die Schwachen", Almosen und Familienbanden tritt das reale Band der Arbeitsteilung, das die Gesellschaftsgenossen einander verpflichtet. Die Kämpfe der Arbeiterbewegung hatten deshalb das Recht auf Arbeit zum Ziel, ersatzweise die Vollbeschäftigung – weil nur diese die Macht des Kapitals balancieren und damit "bürgerliche Würde" schaffen kann. Das ist der Kern des linken "Egalitarismus" – und nicht Einkommenspunkte. Solidarität herrscht unter Gleichen. Arbeitslosigkeit oder verordnete "Beschäftigung" in einem öffentlichen Dienst zweiter Klasse schließt Millionen von Menschen aus der Gesellschaft selbstverantwortlicher Bürger aus – genauso wie ein Grundeinkommen für Arbeitslose.

Links ist – zweitens – ein Sozialstaat, der "einheitliche" Lebensverhältnisse garantiert (siehe Grundgesetz-Artikel 20, 72 und 106), nicht als "Wohltaten", sondern als Voraussetzung der Demokratie. Nur, wenn Menschen frei von existenzieller Unsicherheit sind und frei, sich zu bilden, können sie politisch frei urteilen und handeln (das war der rationale Sinn des Dreiklassenwahlrechts). Aufgeklärte Bürger wie Walter Rathenau plädierten deshalb für eine strikte Verpflichtung der Großunternehmen auf das Gemeinwohl und die konfiskatorische Besteuerung von Einkommen, die nicht aus Erwerbsarbeit resultieren und "verdienstlosen Massenerben" – zugunsten der "munizipal-sozialistischen" Einrichtungen und des öffentlichen Wohlstands. Solange die Lebenschancen des Einzelnen noch auf Erbe und Familie beruhen, haben wir das "menschliche Tierreich" des Marktes (Hegel) nicht verlassen, bleibt Demokratie also immer noch Aufgabe.

Und drittens hat die "linke" Idee von Fortschritt einen qualitativen Kern – auch darin nicht anders als die "bürgerliche". Nach ihr dient Technik dazu, unnötige Arbeit abzuschaffen und die Arbeitszeit aller zu verkürzen, damit Zeitwohlstand entsteht: für kulturelle Betätigung, Dienst am Nächsten und die Heilung der Wunden, die Industrie und Kapital geschlagen haben. Diese Fortschrittsidee reicht von Campanella über Marx und Keynes bis ins Berliner Programm der SPD.

Soweit die Basics. Für Linke gelten sie auch im Zeitalter der Globalisierung. Allerdings unter erschwerten Bedingungen: Die Exterritorialität der großen Unternehmen und Vermögen nimmt den Staaten die Steuersouveränität; die Nationalökonomien zerfallen in einen prosperierenden internationalen Sektor, einen schrumpfenden der lokalen Produzenten und einen wachsenden der

Überflüssigen. Der globale Wettbewerb des Kapitals zieht die schrankenlose Konkurrenz der Arbeiter nach sich. Die Produktivitätsrevolutionen machen die technologische Arbeitslosigkeit chronisch. Die implizite Vision des neuen Vulgärliberalismus ist die naturwüchsige Entwicklung zum weltweiten Marktstaat, in dem die Politik nur noch die Funktion hat, die Sicherheit der Finanz- und Warenströme zu garantieren, die Kriminalität zu dämpfen, Basisqualifikationen zu vermitteln, ein Staat, in dem die Demokratie auf Akklamation schrumpft.

Links ist also zuoberst eine politische Re-Regulierung der Weltmärkte. Das ist inzwischen Allgemeingut: von Wolfensohn bis [Attac](#), von Ratzinger bis Schröder. In der Praxis haben die Steuerleute des ökonomisch-ideologischen "Imperiums" Ansätze zur Behauptung der Bürgergesellschaft gegen den Markt erfolgreich verhindert. Wie man an Lafontaine sieht, kann schon die Absichtserklärung politisch tödlich sein. An einem Neuaufbau politischer Souveränitäten aber hängen auch die anderen Jahrhundertaufgaben: der Übergang zu erneuerbaren Energien, die Linderung des Bevölkerungsdrucks, die globale Bewirtschaftung von Natur, Wasser und Rohstoffen.

Nationale Rückzüge sind angesichts dessen reaktionär. Linke sind Universalisten, sie werden also dem gewaltigen Kapitaltransfer in die armen Länder nichts entgegensetzen, ihn im Gegenteil für höchst wünschbar halten – allerdings nur, wenn er den "globalen Süden" entwickelt und nicht zu einem weltweiten Verfall der Löhne und einem Abriss der Sozialstaaten bis auf die Grundfesten führt – und damit zum Substanzschwund der Demokratien. Nach Lage der Dinge wäre allenfalls ein sozialdemokratisches [Europa](#) fähig, den Aufbau transnationaler politischer Körperschaften voranzutreiben – aufgrund seines politischen Erbes, seiner entwickelten Staatlichkeiten, seiner guten Erfahrung mit der Delegation von Souveränität. Und weil seine Bürger ihre historisch erarbeitete Lebensweise nicht aufgeben wollen.

"Europäisch links" wäre also eine Trippelstrategie: erstens kraftvolle Initiativen für eine neue internationale Finanz- und Handelsordnung, die es den Staaten wieder ermöglicht, Steuern einzunehmen – ein langfristiges Unternehmen, das wohl nur im Gefolge schwerster Wirtschaftskrisen angegangen werden wird. Zweitens: die nur mit westeuropäischem "Wohlstandsverzicht" zu erkaufende sozialpolitische Komplettierung Europas durch transnationale Sozial- und Versicherungssysteme, ohne welche die freie Mobilität von Arbeit und Kapital die Gesellschaften immer weiter spalten wird; dazu Großprojekte, die Arbeitsplätze und nachhaltige Zukunftssicherung schaffen (etwa ein Crash-Programm für erneuerbare Energien oder Verkehrsnetze, wie [Jacques](#)

[Delors](#) sie 1991 vorgeschlagen hat). Beides setzte den Mut zu industriepolitischen Initiativen und eine Rücknahme der überzogenen Deregulierung voraus. Hier läge die große Aufgabe für eine wiedergeborene europäische Sozialdemokratie. Sie könnte auch als einzige der Neuen Mitte die Opfer interpretieren, die dazu von ihr gebracht werden müssen: ein Tausch von Konsumerweiterung gegen Zukunftssicherung, eine dynamisch-konservative Bewahrung des "European Way of Life" und die Entfaltung wissenschaftlich-technischer Kreativität. Technik, mit der sechs Milliarden Menschen leben können, und Zeitwohlstand für die frühindustrialisierten Gesellschaften – das wäre die europäische Vision. Sie könnte sogar skeptische Jugendliche beleben.

Diese beiden *grand left designs* sind derzeit höchst unwahrscheinlich, denn sie rechnen nicht in Legislaturperioden, sondern mit Notwendigkeiten. Deshalb also der dritte Schritt: den gesellschaftlichen Spaltungstendenzen im nationalen Rahmen zu begegnen und dabei die Tür für ein modernisiertes Europa nicht zu schließen. Wo wäre also ein wahlkampftaugliches "linkes" Regierungsprogramm, das Wegmarken zu diesem Ziel setzen könnte? Seine Konturen liegen auf der Linie von Peter Bofingers Zehn-Punkte-Programm "Wohlstand für alle", das eine Anleitung zum Bohren nahe liegender, gleichwohl dicker Bretter enthält: Koordinierung von Steuerpolitik und Sozialstandards in der [EU](#); Senkung der Lohnnebenkosten und neue Steuern auf Körperschaften, Einkommen, Vermögen; Einbeziehung von Selbstständigen und Beamten in die Sicherungssysteme; vor allem: forcierte (notfalls kreditfinanzierte) staatliche Investitionen in Bildung und zukunftsfähige Infrastrukturen statt verpuffender Steuersenkungen; Subventionierung sozialversicherter Arbeitsplätze anstelle der Begünstigung von Tagelöhner-Jobs. Und schließlich: Lohnzuwächse nach der alten Formel "Produktivitätsentwicklung plus Inflationsrate", damit der Binnenmarkt nicht weiterschrumpft. Die meisten dieser Punkte finden sich übrigens auch verstreut in den – noch nicht ganz homogenisierten – Überlegungen, die im Umkreis der WASG/PDS-Fusion angestellt werden.

Die nächste Stufe wäre dann eine allgemeine, sehr langfristig angelegte Arbeitszeitverkürzung, die dauerhaft mehr anspruchsvolle *decent jobs* schüfe anstelle von Dienstboten für High-Performer und unwürdiger Billigstarbeit. Die Voraussetzung dafür wäre ein Bildungssystem, das nicht nur besser qualifiziert, sondern die Menschen auch geistig befähigt, in der "freien" Zeit Tätigkeiten nachzugehen, die im humanistischen Menschenbild ohnehin weder dem Markt noch einer Staatsbürokratie unterworfen sein sollten: Kindererziehung,

Altenpflege, kulturelle Eigentätigkeit. "Dreizeitgesellschaft" nannten die [Grünen](#) das einmal, und in den achtziger Jahren hielt selbst die [CDU](#) Kongresse ab, auf denen solches gedacht wurde.

Da kommt natürlich der Einwand: retro, politischer Gestaltungsgrößenwahn, kulturrevolutionäre Allmachtsfantasie. Vor allem: von den Verhältnissen, von Kulturindustrie, Sat.1 und anderen Individualisierungsmaschinen längst historisch überrollt. Da ist was dran. Aber "links" ist ein Langzeitprojekt. Und Fortschritt heißt, wie Diderot sagte: falsche Ideen vom Sockel stoßen und zu Unrecht gestürzte wieder draufstellen; oder, mit den aktuellen Worten von [Michel Rocard](#): "Wir müssen uns wieder daran gewöhnen, Dinge zu sagen, die wir uns verboten haben – aus Angst, ausgelacht zu werden."

In Erwartung einer Koalition also, die – in welcher Zusammensetzung auch immer – auf der Linie Agenda 2010/Hartz IV weitermachen wird (nebst einer Mehrwertsteuererhöhung – bekanntlich neben Staatsschulden der zweitstärkste Hebel indirekter Umverteilung), geht es nicht nur um das demokratische Minimalgebot, der steigenden Zahl von "Modernisierungs"-Verlierern eine parlamentarische Repräsentanz zu geben. Wichtiger wäre, darüber zu streiten, wie Gerechtigkeit organisiert werden soll, da wir sie offenbar nicht mehr durch Wachstum ersetzen können, und die sozialen Zukunftskonzepte – die außerhalb der Parlamente längst vorgedacht sind – in den öffentlichen Raum zu heben. Sagen wir ruhig: Nötig wäre ein parlamentarischer Arm von Attac und all den konzeptuellen Intellektuellen, die noch nicht abgeschnallt haben.

Nach Zusammensetzung und Performance der Newcomer, angesichts der gebrochenen innerparteilichen SPD-Dissidenten, des postmodernen Unernstes der Kulturlinken und ihrer Ferne zu den Ausdrucksformen und Sicherheitsbedürfnissen der kleinen Leute, ist die Erwartung, die neue Formation werde das leisten, nicht sehr hoch. Nur, auf Dauer ist ein Parlamentarismus unerträglich, der nicht auf der Höhe der realen Gegensätze ist – wie Niklas Luhmann es schon zur Wahl von 1998 anmerkte. In einem Parlament des 21. Jahrhunderts müsste eine Partei der nationalkapitalistischen Stärkung für den Weltmarktkrieg mit einer Fraktion konkurrieren, die, auch gegen die kurzfristigen Wünsche und Beharrungen der Bürger, deren Zukunftsinteressen vertritt und die globalen großen Aufgaben angeht. Ob die neue "Linkspartei" bei einer solchen, politisch wünschenswerten und historisch notwendigen Spaltung (aller) Parteien und ihrer Neuordnung – sagen wir grob, zu einer Merz/Clement-Formation und einer Geißler/Nahles-Linie – eine Katalysatoren-Rolle spielen oder ob sie die gegenwärtige Erstarrung eher

verstärken wird? Das wäre doch eine wirklich interessante Frage fürs politische Feuilleton.

Zurück an die "Basis", denn da entscheidet es sich: Wer ist heute noch links? Nun, der sechzigjährige Attac-Aktivist, der auf die Frage, wie langfristig das gedacht sei, mit der "anderen Welt, die möglich" sein soll, antwortet: "Ach, Jahrhunderte." Die junge Verkäuferin bei [Karstadt](#), die sagt: "Ja klar, ich würde auch zehn Prozent weniger arbeiten für zehn Prozent weniger Lohn, wenn dafür zehn Prozent mehr eingestellt würden." Der konservative Präsident des Sparkassen-Verbandes, der die Liberalisierungspolitik von [IWF](#) und EU kritisiert, weil er kleine Selbstständige und Staat in Gefahr sieht. Der Solar-Ingenieur, der im Übrigen meint, dass die Steuern da anfallen müssen, wo die Wertschöpfung am höchsten ist – also beim maschinenfixierten Kapital. Der mittelständische Unternehmer, der seine Steuerpflicht nicht exportieren kann. Die Eltern, die sich keine privaten Lehranstalten leisten können und wollen. Der promovierte, minijobbende Neo-Keynesianer ohne Sozialversicherung. Sie alle haben zurzeit keine parlamentarische Vertretung, sie alle haben einen Blick fürs Ganze. Und der ist nicht auf "links" beschränkt, sondern wahrscheinlich der kostbare säkulare Rest der alten Religion.

Wir freuen uns auf Dich!

Das Kernteam der WRB

Oktober 2014/NW

Dank an alle bisherigen Spenderinnen und Spender: Konto 45-171365-9

Stand: 13. Oktober 2014 (Irrtum Vorbehalt)

Roland Ziegler, Unternehmer
Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn
Andreas Gross, Nationalrat
Prof. Uchtenhagen, Zürich
Daniela Gerspacher, Oensingen
Teilnehmerin (Barspende), Name nicht mehr bekannt
Ruth Bürgler, Trimbach
Jörg von Arx, Olten
Irene Lüscher, Bellach
Conny Wagner, Sursee

„An die Linken Europas und der Welt“ Rede von Alvaro García Linera



Auf dem IV. Kongress der Partei der Europäischen Linken (EL) trafen zwischen dem 13. und 15. Dezember in Madrid 30 europäische Linksformationen zusammen, um Überlegungen anzustellen, wie angesichts der Sparpolitik und der Unterwerfung Brüssels unter das Diktat der Märkte Strategien gebündelt werden können. Im Folgenden die Ansprache des als Gast geladenen Vizepräsidenten des Plurinationalen Staates Bolivien, Alvaro García Linera:

2013

Muy buenas tardes a todos ustedes. Lasst mich bei dieser besonderen Begegnung der Europäischen Linken zunächst im Namen unseres Präsidenten Evo Morales, im Namen meines Landes und meines Volkes für die an uns ergangene Einladung danken, um auf diesem so bedeutenden Kongress der Europäischen Linken eine Reihe von Gedanken und Überlegungen vorzubringen. Lasst mich offen und ehrlich sein...aber auch konstruktiv.

Was sehen wir Außenstehenden von Europa? Wir sehen ein Europa, das dahinsiecht, ein niedergeschlagenes Europa, ein selbstversunkenes und selbstzufriedenes Europa, das bis zu einem gewissen Grad apathisch und müde ist. Ich weiß, es sind sehr hässliche und sehr harte Worte, aber so sehen wir es. Das Europa der Aufklärung, der Revolten, der Revolutionen ist Vergangenheit. Weit, sehr weit zurück liegt das Europa der großen Universalismen, die die Welt bewegten, die die Welt bereicherten und die die Völker in vielen Teilen der Welt anspornten, Zuversicht zu schöpfen und sich von dieser Zuversicht tragen zu lassen.

Vorbei sind die großen intellektuellen Herausforderungen. Hinter dem, was von den Postmodernisten als das Ende der großen Erzählungen gedeutet wurde und gedeutet wird, scheint sich angesichts der jüngsten Ereignisse nichts weiter als der groß angelegte Klügel der Konzerne und des Finanzsystems zu verbergen.

Es ist nicht das europäische Volk, das seine Tugend, das seine Hoffnung aufgegeben hat, denn das Europa, das ich meine, das müde, das erschöpfte Europa, das selbstversunkene Europa, ist nicht das Europa der Völker – dieses wurde lediglich zum Schweigen gebracht, eingesperrt, erstickt. Das einzige Europa, das wir in der Welt sehen, ist das Europa der großen Wirtschaftskonzerne, das neoliberale Europa, das Europa des groß angelegten Finanzklüngels, das Europa der Märkte – und nicht das Europa der Arbeit.

In Ermangelung großer Dilemmas, großer Perspektiven und großer Erwartungen hört man lediglich – um es frei nach Montesquieu zu sagen – den bedauerlichen Lärm der kleinen Ambitionen und des großen Appetits.

Demokratien ohne Hoffnung und ohne Glauben sind gescheiterte Demokratien. Demokratien ohne Hoffnung und ohne Glauben sind verknöcherte Demokratien. Genau genommen sind es keine Demokratien. Es gibt keine echte Demokratie, die nichts weiter als langweiliges Beiwerk verknöcherter Institutionen ist, mit denen alle drei, alle vier oder alle fünf Jahre Rituale wiederholt werden, um diejenigen zu wählen, die künftig mehr schlecht als recht über unser Schicksal entscheiden werden. Wir alle wissen, und in der Linken sind wir uns einigermaßen einig darüber, wie es zu einer solchen Situation gekommen ist. Die Fachleute, Gelehrten und die politischen Debatten liefern uns eine ganze Reihe von Deutungsansätzen, warum es uns schlecht geht und wie es soweit kommen konnte. Ein erstes gemeinsames Urteil zu der Frage, wie es zu dieser Situation kommen konnte, lautet, dass nach unserem Verständnis der Kapitalismus zweifelsohne eine weltumspannende geopolitische Dimension erreicht hat, die absolut ist. Die Welt ist nun im wahrsten Sinne eine runde Sache. Und die ganze Welt wird zu einer großen globalen Werkstatt. Ein Radio, ein Fernseher, ein Telefon hat keinen Entstehungsort mehr, vielmehr ist die Welt als Ganzes zu seinem Entstehungsort geworden. Ein Chip wird in Mexiko hergestellt, das Design in Deutschland entworfen, der Rohstoff stammt aus Lateinamerika, die Arbeitskräfte sind Asiaten, die Verpackung kommt aus Nordamerika und der Verkauf findet global statt.

Dies ist ein Wesensmerkmal des modernen Kapitalismus – daran besteht kein Zweifel – und genau hier muss man mit entsprechenden Maßnahmen ansetzen.

Ein zweites Charakteristikum der letzten zwanzig Jahre ist eine Art Rückkehr zur fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation. Die Texte von Karl Marx, der den Ursprung des Kapitalismus im 16. und 17. Jahrhundert beschrieb, sind heute wieder aktuell, ja gehören ins 21. Jahrhundert. Wir erleben eine permanente ursprüngliche Akkumulation, bei der sich die Mechanismen der Sklaverei, die Mechanismen der Unterordnung, der Verunsicherung, der Fragmentierung, die auf so außergewöhnliche Weise von Karl Marx dargestellt wurden, wiederholen. Nur dass der moderne Kapitalismus die ursprüngliche Akkumulation aktualisiert. Er aktualisiert sie, erweitert sie und dehnt sie auf neue Bereiche aus, um mehr Ressourcen und mehr Geld herauszuholen. Doch neben dieser fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation – die für die gegenwärtigen sozialen Klassen sowohl in unseren Ländern als auch weltweit kennzeichnend sein wird, weil durch sie die örtliche, d. h. territoriale Arbeitsteilung und die globale Arbeitsteilung neu organisiert werden – erleben wir eine Art Neoakkumulation durch Enteignung. Wir erleben einen Raubtierkapitalismus, der akkumuliert, indem er oftmals auf strategischen Gebieten produziert: Wissen, Telekommunikation, Biotechnologie, Automobilindustrie; doch in vielen unserer Länder akkumuliert er durch Enteignung, indem er nämlich die gemeinschaftlichen Sphären in Beschlag nimmt, wie etwa Artenvielfalt, Wasser, überliefertes Wissen, Wälder, natürliche Ressourcen... Hierbei handelt es sich um eine Akkumulation durch Enteignung, und zwar nicht durch Schaffung von Reichtum, sondern durch Enteignung des gemeinsamen Reichtums, der in privaten Reichtum überführt wird. Das ist die neoliberale Logik. Wenn wir den Neoliberalismus so sehr kritisieren, dann wegen seiner Verdrängungslogik und seines parasitären Charakters. Anstatt Reichtum zu schaffen, anstatt die Produktivkräfte zu entwickeln, enteignet der Neoliberalismus die kapitalistischen und nicht-kapitalistischen, kollektiven, örtlichen, ja gesellschaftlichen Produktivkräfte.

Doch auch das dritte Merkmal der modernen Wirtschaft ist nicht nur eine fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation, eine Akkumulation durch Enteignung, sondern auch durch Unterordnung – Marx würde es reelle Subsumtion des Wissens und der Wissenschaft unter die kapitalistische Akkumulation nennen. Einige Soziologen nennen dies Wissensgesellschaft. Es besteht kein Zweifel, dass es sich hierbei um die Bereiche handelt, die für die Produktionskapazitäten der modernen Gesellschaft am mächtigsten sind und die größte Tragweite besitzen.

Das vierte Merkmal wiederum, das immer mehr Konflikt- und Risikopotenzial birgt, ist der Prozess der realen Subsumtion des Lebenssystems Erde als Ganzes, das heißt der Wechselwirkungsprozesse zwischen Mensch und Natur.

Diese vier Merkmale des modernen Kapitalismus sorgen für eine Neubestimmung der Geopolitik des Kapitals auf globaler Ebene, eine Neubestimmung der Klassenstruktur der Gesellschaften – eine Neubestimmung der Klassenstruktur und der sozialen Klassen weltweit.

Da ist nicht nur die Auslagerung der traditionellen Arbeiterklasse, die wir im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert entstehen sahen, vom kapitalistischen Rumpf in die Extremitäten, d. h. ihre Verlagerung in periphere Gebiete wie Brasilien, Mexiko, China, Indien oder die Philippinen, sondern es entsteht auch in den am weitesten entwickelten Gesellschaften eine neue Art des Proletariats. Eine neue Art der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse der Höherqualifizierten. Lehrer, Forscher, Wissenschaftler, Analysten, die sich selbst nicht als Arbeiterklasse sehen, sondern sich wahrscheinlich als Kleinunternehmer begreifen, die aber im Grunde die neue soziale Struktur der Arbeiterklasse des beginnenden 21. Jahrhunderts ausmachen. Doch zugleich entsteht auf der Welt etwas, was wir als „diffuses Proletariat“ bezeichnen könnten: nicht-kapitalistische Gesellschaften und Nationen, die der kapitalistischen Akkumulation förmlich untergeordnet werden. Lateinamerika, Afrika, Asien: Wir reden hier von Gesellschaften und Nationen, die im engeren Sinne nicht kapitalistisch sind, insgesamt aber in Erscheinung treten, als seien sie untergeordnet und als Formen der diffusen Proletarisierung ausgestaltet, und zwar nicht allein wegen ihrer wirtschaftlichen Eigenschaften, sondern auch wegen ihres fragmentierten Charakters selbst bzw. wegen der oftmals schwierigen Fragmentierung und aufgrund ihrer geographischen Streuung.

Wir haben es also nicht nur mit einer neuen Art und Weise zu tun, wie sich die kapitalistische Akkumulation ausbreitet, sondern auch mit einer Neuordnung der Klassen und des Proletariats und der nichtproletarischen Klassen auf der Welt. Die Welt von heute ist konfliktgeladener. Die Welt von heute ist stärker proletarisiert, nur dass sich die Formen der Proletarisierung von denen, die wir im 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts kennenlernten, unterscheiden. Und die Proletarisierung dieses diffusen Proletariats, dieses Proletariats der Höherqualifizierten, nimmt nicht unbedingt die Gestalt von Gewerkschaften an. Das Modell Gewerkschaft hat in einigen Ländern seine zentrale Stellung verloren; es entstehen andere Formen von Zusammenschlüssen für die Belange der Bevölkerung, der Beschäftigten und der Arbeiter. Was tun? – die alte Frage Lenins – Was sollen wir tun? Wir sind uns einig bei der Erklärung, was nicht stimmt, wir sind uns einig bei der Erklärung, was sich in der Welt verändert, doch können wir auf diese Veränderungen nicht reagieren, oder besser: Die Antworten, die wir früher hatten, sind unzureichend, denn sonst würde hier in Europa nicht die Rechte regieren. Irgendetwas fehlte unseren Antworten und tut es auch heute noch. Irgendetwas fehlt unseren Vorschlägen. Erlaubt mir, fünf bescheidene Anregungen vorzubringen, wie sich die Aufgaben, vor der die europäische Linke steht, gemeinsam gestalten ließen.

Die europäische Linke kann sich nicht damit begnügen, einen Befund zu erstellen und sich zu beklagen. Befund und Klage dienen zwar dazu, moralische Empörung zu erzeugen, und die Verbreitung der moralischen Empörung ist wichtig, aber sie erzeugen keinen Willen zur Macht. Die Klage ist kein Wille zur Macht. Sie kann die Vorstufe zum Willen zur Macht sein, aber sie ist kein Wille zur Macht. Die europäische Linke, die Linke weltweit muss angesichts dieses zerstörerischen, räuberischen, Natur und Mensch mitreißenden Strudels, der vom zeitgenössischen Kapitalismus angetrieben wird, mit Vorschlägen oder Initiativen aufwarten. Die europäische Linke, ja die Linke in allen Teilen der Welt muss einen neuen gesunden Menschenverstand entwickeln. Im Grunde genommen ist der politische Kampf ein Kampf um den gesunden Menschenverstand. Um die Gesamtheit von Urteilen und von Vorurteilen. Um die Frage, wie die Leute – der junge Student, die Fachkraft, die Verkäuferin, der Angestellte, der Arbeiter – auf einfache Weise die Welt ordnen. Genau das ist gesunder Menschenverstand. Die grundlegende Weltauffassung, mit der wir unser tägliches Leben ordnen. Die Art und Weise, wie wir das Gerechte und das Ungerechte, das Wünschenswerte und das Mögliche, das Unmögliche und das Wahrscheinliche bewerten. Die Linke weltweit und die europäische Linke müssen deshalb für einen neuen gesunden Menschenverstand kämpfen, der progressiv, revolutionär, universalistisch ist, der in jedem Fall aber einen neuen gesunden Menschenverstand darstellt.

Zweitens müssen wir uns – wie vom ersten Redner so brillant dargelegt – den Begriff der Demokratie wieder ins Gedächtnis rufen. Die Linke hat immer die Fahne der Demokratie hochgehalten. Es ist unsere Fahne. Es ist die Fahne der Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung, der Partizipation. Doch dafür müssen wir uns von der Vorstellung lösen, Demokratie sei eine rein institutionelle Tatsache. Demokratie – sind das Institutionen? Ja, das sind Institutionen, aber sie ist viel mehr als nur Institutionen. Bedeutet Demokratie, alle vier oder fünf Jahre zu wählen? Ja, aber es bedeutet viel mehr als das. Bedeutet es, ein Parlament zu wählen? Ja, aber es bedeutet viel mehr als das. Bedeutet es, das Prinzip des Machtwechsels einzuhalten? Ja, aber es bedeutet viel mehr als das. Das ist das liberale, verknöcherte Verständnis von Demokratie, in dem wir manchmal stecken bleiben. Demokratie – sind das Werte? Es sind Werte, Organisationsprinzipien für die Verständigung der Welt: Toleranz, Vielfaltigkeit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit. Es sind also Prinzipien, es sind Werte, aber es sind nicht nur Prinzipien und Werte. Es sind Institutionen, aber es sind nicht nur Institutionen. Die Demokratie ist praktisch. Demokratie ist Handeln, gemeinsames Handeln. Demokratie ist im Grunde genommen wachsende Teilhabe an der Bewirtschaftung der gemeinschaftlichen Güter, die eine Gesellschaft besitzt. Demokratie herrscht dann, wenn wir an dem, was wir Bürger gemeinsam besitzen, teilhaben. Wenn wir als Gemeingut Wasser besitzen, dann bedeutet Demokratie, an der Bewirtschaftung des Wassers teilzuhaben. Wenn wir als Gemeingut die Sprache haben, dann bedeutet Demokratie die gemeinsame Pflege der Sprache. Wenn wir als Gemeingut die Wälder, den Boden, das Wissen haben, dann bedeutet Demokratie, dass die Bewirtschaftung, die Pflege gemeinsam stattfindet. Eine wachsende gemeinsame Teilhabe an der Bewirtschaftung des Waldes, des Wassers, der Luft, der natürlichen Ressourcen. Es bedarf einer Demokratie – und es gibt sie – im lebendigen und nicht im verknöcherten Sinn des Begriffs, und dies gelingt, wenn die Bevölkerung und die Linke die gemeinsame Bewirtschaftung der gemeinsamen Ressourcen, Institutionen, Rechte und Güter unterstützen und sich an ihr beteiligen.

Die alten Sozialisten der 70er Jahre sprachen davon, dass die Demokratie an die Tore der Fabriken klopfen müsse. Das ist eine gute Idee, aber es reicht nicht aus. Sie muss an die Tore der Fabriken, die Tore der Banken, die Tore der Unternehmen, die Tore der Institutionen, die Tore zu den Ressourcen, die Tore zu all dem klopfen, was den Menschen gemeinsam gehört. Unser Delegierter aus Griechenland fragte mich zum Thema Wasser, wie wir es in Bolivien angegangen seien, diese Grundfrage, diese Überlebensfrage, Wasser! Nun, was das Wasser betrifft, ein Gemeingut, das enteignet worden war, begab sich das Volk in einen „Krieg“, um so das Wasser für die Bevölkerung zurückzugewinnen, und danach gewannen wir nicht nur das Wasser zurück, sondern führten einen weiteren sozialen Krieg und gewannen das Gas und das Öl und die Minen und den Telekommunikationssektor zurück, wobei noch viel mehr zurückzugewinnen ist. Doch in jedem Fall war dies der Ausgangspunkt, die wachsende Beteiligung der Bürger an den gemeinschaftlichen Gütern, dem Allgemeingut, das eine Gesellschaft, eine Region besitzt.

An dritter Stelle muss die Linke auch wieder ihre Forderungen nach dem Universellen, den universellen Leitbildern, den gemeinschaftlichen Gütern in den Vordergrund stellen. Die Politik als Gemeingut, die Partizipation als eine Beteiligung an der Bewirtschaftung der gemeinsamen Güter. Die Wiedererlangung des Gemeinschaftlichen als Recht: das Recht auf Arbeit, das Recht auf Ruhestand, das Recht auf kostenlose Bildung, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf saubere Luft, das Recht auf den Schutz von Mutter Erde, das Recht auf den Schutz der Natur. Es sind Rechte. Aber es sind universelle Gemeingüter, angesichts derer sich die Linke, die revolutionäre Linke, überlegen muss, welche konkreten objektiven Maßnahmen sie ergreift und wie sie die Menschen mobilisiert. Ich las in der Zeitung, wie in Europa öffentliche Mittel eingesetzt wurden, um private Güter zu retten. Das ist absurd. Da wurde das Geld europäischer Sparer verwendet, um den Konkurs der Banken abzuwenden. Da wurde das Gemeinschaftliche verwendet, um das Private zu retten. Das ist doch verkehrte Welt! Es muss umgekehrt sein: die privaten Güter verwenden, um das Allgemeingut zu retten und zu fördern, und nicht das Allgemeingut, um die privaten Güter zu retten. Bei den Banken muss ein Prozess der Demokratisierung und der Vergesellschaftung ihrer Verwaltung stattfinden. Denn sonst werden die Banken Euch am Schluss nicht nur die Arbeit nehmen, sondern auch Eure Wohnung, Euer Leben, Eure Hoffnung, alles..., und das darf nicht zugelassen werden.

Dabei müssen wir aber auch – in unserem Konzept als Linke – eine neue Wechselbeziehung zwischen dem Menschen und der Natur einfordern. In Bolivien nennen wir dies aufgrund unseres indigenen Erbes „neue Beziehung zwischen Mensch und

Natur“. Präsident Morales sagt, die Natur kann ohne den Menschen existieren, der Mensch jedoch nicht ohne die Natur. Dabei darf man jedoch nicht der Logik der Green Economy verfallen, die eine scheinheilige Form des Umweltschutzes darstellt.

Es gibt Unternehmen, die bei Euch Europäern als Naturschützer auftreten und für saubere Luft sorgen, doch dieselben Unternehmen liefern uns, dem Amazonasgebiet, Lateinamerika oder Afrika, die ganzen Abfälle, die hier erzeugt werden. Hier sind sie Umweltschützer, dort werden sie zu Umwelträubern. Die Natur haben sie in einen weiteren Geschäftszweig verwandelt. Dabei ist ein kompromissloser Schutz der Umwelt weder ein neuer Geschäftszweig noch ein neues Unternehmenskonzept. Es muss wieder ein neues Verhältnis aufgebaut werden, das zwangsläufig gespannt ist. Denn für einen Reichtum, der Bedürfnisse befriedigen soll, muss die Natur verändert werden, und bei der Veränderung der Natur verändern wir ihre Existenz, verändern wir ihr BIOS. Doch mit der Veränderung des BIOS zerstören wir oftmals im Gegenzug den Menschen und auch die Natur. Den Kapitalismus stört das nicht, denn für ihn ist es ein Geschäft. Uns aber, die Linke, die Menschheit, ja die Menschheitsgeschichte stört es sehr wohl. Wir müssen uns für eine neue Art der Beziehung stark machen, die vielleicht nicht unbedingt harmonisch, aber doch wechselseitig ist; von der beide Seiten profitieren, der natürliche Lebensraum und der Mensch, seine Arbeit, seine Bedürfnisse.

Und schließlich müssen wir ohne Frage die heroische Dimension der Politik einfordern. Hegel sah die Politik in ihrer heroischen Dimension. Und wohl in Anlehnung an Hegel sagte Gramsci, dass in den modernen Gesellschaften die Philosophie und ein neuer Lebenshorizont sich in einen Glauben in die Gesellschaft verwandeln müssten bzw. nur als Glaube im Innern der Gesellschaft existieren könnten. Dies bedeutet, dass wir wieder Hoffnung aufbauen müssen. Dass die Linke eine flexible, immer stärker geeintere Organisationsstruktur bildet, die in der Lage ist, bei den Menschen die Hoffnung neu zu beleben. Ein neuer gesunder Menschenverstand, ein neuer Glaube – nicht im religiösen Sinne des Wortes, sondern eine neue allgemeine Zuversicht, aus der heraus die Menschen heroisch ihre Zeit, ihre Energie, ihr eigenes Reich aufs Spiel setzen und sich engagieren.

Ich begrüße, was meine Genossin vorhin ansprach, als sie sagte, dass wir hier 30 politische Organisationen zusammengebracht haben. Das ist toll! Es ist also möglich, zusammenzufinden. Es ist also möglich, den Stillstand zu überwinden. So geschwächt wie die Linke heute in Europa ist, kann sie sich den Luxus nicht leisten, zu ihren Gefährten auf Distanz zu gehen. Vielleicht gibt es Differenzen in 10 oder 20 Punkten, dafür aber Einigkeit in 100. An diesen 100 Punkten, in denen Übereinstimmung oder eine Berührung herrscht, sollte gearbeitet werden. Heben wir uns die restlichen 20 Punkte für später auf. Wir sind zu sehr geschwächt und können uns nicht den Luxus leisten, uns weiter Schirmmützen zu liefern und zu beflehden und uns dabei voneinander zu distanzieren. Wir sollten auch hier wieder einer Logik Gramscis folgen: vereinigen, ausgestalten, fördern.

Man muss die Macht im Staat übernehmen, man muss für den Staat kämpfen, doch vergessen wir niemals, dass der Staat weniger eine Maschine, sondern eher eine Beziehung ist. Weniger Materie, sondern eher Idee. Der Staat ist in erster Linie Idee. Ein Teil von ihm ist Materie. Materie ist er, wenn es um soziale Beziehungen, um Stärke, um Druck, um den Haushalt, um Abkommen, um Vorschriften, um Gesetze geht. Doch in erster Linie ist er Idee im Sinne des Glaubens an eine gemeinsame Ordnung, an einen Gemeinschaftssinn. Im Grunde ist der Kampf um den Staat ein Kampf um eine neue Art und Weise, uns zu vereinen, um eine neue Universalität. Um eine Art Universalismus, der die Menschen freiwillig vereint.

Doch hierfür müssen wir zuvor Überzeugungen gewinnen. Hierfür müssen wir zuvor die Gegner mit Worten, mit gesundem Menschenverstand bezwungen haben. Hierfür müssen wir zuvor die herrschenden Auffassungen der Rechten mit unseren Argumenten, unserer Weltsicht, unseren moralischen Einstellungen zu den Dingen bezwingen. Und hierfür wiederum ist sehr harte Arbeit nötig. Politik ist nicht allein eine Frage des Kräftemessens oder der Mobilisierungsfähigkeit – der Zeitpunkt dafür kommt später. Politik ist zuerst und zuvörderst Überzeugung, Gestaltung, gesunder Menschenverstand, Glauben, eine gemeinsame Idee und gemeinsame Urteile und Vorurteile hinsichtlich der Weltordnung. Und hier kann sich die Linke nicht allein mit der Einheit der linksgerichteten Organisationen begnügen. Sie muss sich in den Bereich der Gewerkschaften ausdehnen, die die Stütze der Arbeiterklasse und die organische Form ihres Zusammenschlusses bilden. Wir sollten jedoch auch, liebe Genossinnen und Genossen, die völlig neuen Formen der gesellschaftlichen Organisation genau im Auge behalten. Die Neuordnung der sozialen Klassen in Europa und weltweit wird zu anderen Formen von Zusammenschlüssen führen, flexibleren und weniger organischen Formen, die vielleicht stärker gebiets- und weniger arbeitsstättenbezogen sind. Notwendig ist dabei alles: Zusammenschlüsse an den Arbeitsstätten, gebietsbezogene Zusammenschlüsse, Zusammenschlüsse je nach Thematik, je nach Ideologie usw. Es ist eine Reihe flexibler Strukturen, denen gegenüber die Linke in der Lage sein muss, sich gestalterisch einzubringen, Vorschläge zu unterbreiten, einend zu wirken und schließlich voranzukommen.

Lasst mich im Namen des Präsidenten und in meinem eigenen Namen Euch zu dieser besonderen Begegnung gratulieren und mit allem Respekt und in aller Freundschaft den Wunsch bzw. Aufruf an Euch richten: kämpft, kämpft, kämpft! Lasst uns, die anderen Völker, die an manchen Orten wie in Syrien, teils in Spanien, in Venezuela, in Ecuador, in Bolivien, auf sich gestellt kämpfen, nicht allein. Lasst uns nicht allein, wir brauchen Euch, und erst recht ein Europa, das nicht nur aus der Ferne sieht, was in anderen Teilen der Welt vor sich geht, sondern ein Europa, das wieder von Neuem beginnt, die Geschicke des Kontinents und die Geschicke der Welt mitzubestimmen. Meine Glückwünsche und herzlichen Dank!

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 1 - JANUAR 1962 - 54. JAHRGANG

Was ist heute eigentlich links ?

Betrachtungen im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution

Wir entnehmen den nachfolgenden Artikel, der sicher viele unserer Leser interessieren wird, mit der Ermächtigung der Schriftleitung dem in Berlin erscheinenden «Monat», Heft 157, Oktober 1961.

Es gibt Fragen, die man von Zeit zu Zeit immer wieder stellen muß, Fragen, die sich vielleicht nie ganz beantworten lassen und die sich trotzdem für den kritischen Zeitgenossen gleichsam von selber stellen. Von dieser Art ist auch die Frage, was denn heute eigentlich links sei. Gewiß, seit gut hundert Jahren ist die Linke ein Faktor unseres politischen Lebens. Aber das Schicksal dieser Linken war in Deutschland nie unproblematisch. Links ist in Deutschland immer eine umstrittene Position gewesen, eine Position, die Ressentiments und mancherlei Mißtrauen auf sich zog. Wer in Deutschland links ist, steht merkwürdigerweise immer im Verdacht der Staatsfeindlichkeit. Daran hat auch die Demokratie bei uns nichts Wesentliches geändert. Im Grunde war links bei uns immer ein Begriff in der Krise. Im Reich Bismarcks und der Hohenzollern erbittert umkämpft, war es der deutschen Linken nur in der Weimarer Republik einmal vergönnt, zu einer staatstragenden Kraft zu werden. Die Kürze und das furchtbare Ende dieses Intermezzos sind bekannt. Unter Hitler wurde der Begriff links zur Inkarnation alles Bösen; nicht umsonst galten die Linken und die Juden gemeinsam als der Staatsfeind schlechthin. Diese Verteufelung versank mit dem Zusammenbruch von 1945, aber es ist nicht zu übersehen, daß auch in der Bundesrepublik eine gefühlsmäßige Distanz zum Begriff «links» geblieben ist. Wer bei uns heute links ist, muß erneut mit Argwohn rechnen. Es fehlt auch nicht an Stimmen, die sehr überzeugt die Meinung vertreten, es gäbe diesen Begriff eigentlich gar nicht mehr, er sei veraltet und überholt. So scheint es an der Zeit, die Frage, was denn links heute eigentlich sei, neu zu stellen. Ihre Dringlichkeit ist nicht zu übersehen.

Noch eine zweite Vorbemerkung: Wie unser Untertitel sagt, stellen wir diese Frage «im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution». Das heißt: wir sind uns der besonderen geschichtlichen Situation bewußt, aus der wir fragen. Wir alle sind nicht mehr Zeitgenossen von Karl Marx, von Bebel oder Kautsky; wir sind Zeitgenossen der Atombombe, der Automation und aller Segnungen und Gefahren des Wohlfahrtsstaates. Wir sind aber auch Zeitgenossen eines expansiven Kommunismus, der die Völker mit der explosiven Kraft zweier Weltmächte, Rußland und China, erobern möchte. Wir stellen diese Frage schließlich in einem zweigeteilten Deutschland, dessen östlicher Teil sich als einzig konsequenter Nachfolger einer deutschen Linken ausgibt. Angesichts so dramatischer Horizonte bekommt unsere Frage erst ihren kritischen Ernst, aber auch ihre komplexe Schwierigkeit. Gibt es denn das überhaupt noch: eine freie deutsche Linke? Und wie, wenn es sie gäbe, sähe sie aus?

I

Wer diese Frage vor hundert Jahren stellte, konnte einer knappen und zuverlässigen Antwort sicher sein: Links war nach der Veröffentlichung des Kommunistischen Manifests 1848 und nach der Gründung der deutschen Sozialdemokratie 1869 die erwachende Arbeiterbewegung, die eben dabei war, sich mit der Ideologie des Marxismus ein eigenes sozialkämpferisches Weltbild zu geben. Links war alles das, was der feudal-bürgerlichen Ordnung des 19. Jahrhunderts die Zukunft bestritt. Die beginnende Technisierung hatte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu den katastrophalen Industrie- und Großstadtballungen geführt, die eine neue, verschärfte Klassensituation in einer schon vorher eindeutigen Klassengesellschaft geschaffen hatten. Die vom Hochkapitalismus unterdrückte Klasse des Proletariats begann, sich zu sammeln und den Kampf um ihre Rechte aufzunehmen. Wer an diesem Klassenkampf im Interesse der Arbeiterklasse teilnahm, war links – gleichgültig, ob er Sozialdemokrat war oder zur freien bürgerlichen Intelligenz gehörte. Das Überzeugende der damaligen Situation bestand darin, daß es klare Fronten und echte Klassengegensätze gab. Das wiederum hatte zur Folge, daß der Linke seinen politischen Ort hatte: er fand Parteien und Interessengruppen, mit deren Bestrebungen er sich identifizieren konnte. Karl Marx hatte es noch leicht: was er kritisierte, war wirklich ein expansiver Kapitalismus mit allen Scheußlichkeiten einer hemmungslosen Profit- und Klassengesellschaft. Der Humanismus stand auf der Seite der Linken. Seine Farbe war die Farbe der Revolution: rot.

Wie steht es heute damit – hundert Jahre später? Wer die Frage jenseits aller parteipolitischen oder ideologischen Vorurteile in der Offenheit des Denkens stellt, muß zunächst anerkennen, daß sich

die soziale und politische Situation total gewandelt hat. Die Geschichte ist anders verlaufen, als sich die orthodoxen Theoretiker des Marxismus ihren Lauf vorstellten. Die Revolution brach nicht, wie erwartet, in den hochindustrialisierten Zentren Mitteleuropas, sondern in dem agrarischen Rußland aus. Dadurch wurde die sozialistische Befreiungsidee zu einer speziellen Sache des russischen Messianismus. Der sowjetische Totalitarismus entstand. Andererseits entwickelten die Spätstadien des Kapitalismus in Europa nicht jene verschärfte Klassensituation, die mit der marxistischen Akkumulationstheorie prophezeit war. Im Gegenteil: es begann mit der Entwicklung der industriellen Großgesellschaft ein progressiver Abbau der Klassengegensätze. Konnten die orthodoxen Theoretiker des Marxismus um die Jahrhundertwende noch prophezeien, daß im Spätstadium des Kapitalismus die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer werden würden, so wissen wir heute, daß die moderne Industriegesellschaft als Konsumgesellschaft immer stärker die sozialen Gegensätze von gestern ausgleicht.

Konkret gesprochen: in Massen kann nur produziert werden, wenn auch kaufkräftige Massen da sind, die konsumieren. Der Kapitalismus verliert damit seine jahrhundertealten Züge einer bloßen Ausbeutergesellschaft und wandelt sich zu der milderen Form einer Konsumgesellschaft um, die gewiß immer noch keine humane Gesellschaftsordnung darstellt, jedoch die Privilegierung einer Klasse und deren Ausbeuterherrschaft über eine andere Klasse aufhebt. Die angeblich naturgesetzliche Notwendigkeit des Umschlages vom Spätkapitalismus in eine Diktatur des Proletariats ist damit hinfällig geworden, die Klassenkampfsituation (bis auf gewisse Randkämpfe in den Lohn- und Mitbestimmungsfragen) entschärft. An Stelle der Verelendungstheorie ist – wenigstens als Fernziel – der «Wohlstand für alle» getreten. Die Konsumgesellschaft hat den Typus des Proletariats zu einer historischen Figur werden lassen: der Arbeiter fühlt sich heute in unserer westlichen Industriegesellschaft nicht mehr als Sklave und Paria gegen die Gesellschaft gestellt, sondern als Konsument ihr zugehörig. An die Stelle seines revolutionären Pathos ist eine höchst nüchterne und materielle Konsumfreudigkeit getreten. Er nimmt Teil am Sozialzuwachs. Aus dem Proletarier von gestern ist der sozial gesicherte Arbeitnehmer, der Sozialpartner von heute geworden, der äußerlich kaum noch von seinem Arbeitgeber zu unterscheiden ist, seit er auch seine Standeskleidung abgelegt hat.

So bildet sich bei uns an Stelle der alten Klassengesellschaft immer mehr eine Verbrauchergesellschaft heraus, die eigentlich nur eine einzige große Mittelklasse kennt: die Klasse der Konsumenten und Produzenten. Sie umfaßt das gut verdienende Arbeitertum, vor allem die Facharbeiter, über die Angestellten bis zu den Vertretern des früheren Bürgertums: sie alle streben wie etwa heute in Ame-

rika zur großen wirtschaftlichen *Egalité*, zur großen Gleichheit der Konsumenten: ein Eigenheim mit Kühlschrank, Fernsehen und einem Auto. Diese breite Mittelklasse, in der die Spannungen und Gegensätze zunehmend gemildert sind, wird von einer Elite technischer und ökonomischer Manager geführt. Die Unterklassen, die das Proletariat von gestern verkörperte, stellen in dieser Industriegesellschaft die Produktions- und Konsumunfähigen: die Alten, die Kranken und Arbeitsunfähigen sind die neuen Parias der Gesellschaft.

Es gibt moderne Soziologen, die deshalb die Meinung vertreten, es gäbe diesen Begriff «links» eigentlich nicht mehr. Er sei überholt. Die industrielle Revolution habe die Revolution des Proletariats abgelöst. Die Gegenwart sei durch die Auflösung aller Gegensätze von gestern bestimmt. Gegensätze von gestern: dazu gehörte etwa die kämpferische Haltung der Jugendbewegung gegen die erstarrte Welt der Väter; die Bewegung der Frauenemanzipation gegenüber der maskulin bestimmten Gesellschaft; der romantische Gegensatz von Stadt und Land – und schließlich, vor allem, die klassenkämpferische Haltung des Proletariats. Nicht daß diese Gegensätze vollkommen aufgehört hätten. Sie wirken noch fort, aber nicht mehr als geschlossene Kampfhaltung gegen die Gesellschaft, sondern gleichsam splitterhaft integriert innerhalb aller Machtgruppen. Wer etwa die ideologischen Grundlagen unserer heutigen Parteien durchmustert, sieht bald, daß sie alle ihren ideologischen Boden nicht nur gewandelt, sondern auch partiell ausgetauscht haben. Die klassischen Fronten von früher sind gleichsam zerbröckelt und kaleidoskopartig neu verteilt. Die Sozialisten von heute haben liberales Gedankengut, die Liberalen soziales Gedankengut aufgenommen. Die Konservativen beharren nicht mehr auf einem engen Nationalismus, sondern haben etwas vom sozialistischen Internationalismus übernommen, so wie es heute etwa die Europapolitik und die Entwicklungshilfe zeigen. Umgekehrt hat der sozialistische Internationalismus nationale Züge aufgenommen, wie es sich nicht allein in der Wiedervereinigungspolitik der SPD zeigt. Es stimmt also, wenn von unserer modernen Soziologie gesagt wird, daß es die klaren Fronten von rechts und links in unserer Industriegesellschaft nicht mehr gebe.

Gibt es sie deshalb aber überhaupt nicht mehr?

Bevor wir uns mit dieser Frage beschäftigen, gilt es, noch einen anderen Einwand zu sehen, der mit dem ersten eng zusammenhängt. «Links» und «rechts» sind zunächst (das wurde schon aus unserer Einleitung deutlich) politische Begriffe. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß in der modernen Gesellschaft eine zunehmende Entpolitisierung stattfindet. In der Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts gab es allerorts noch echte politische Auseinandersetzungen; in der modernen Industriegesellschaft verwischen sich diese

immer mehr zugunsten von bloßen Interessenkämpfen. Natürlich herrschen bei uns durch das Parlament die Parteien. Es ist aber sehr die Frage, ob nicht in diese Machtgruppen heute immer mehr das einsickert, was Theodor Eschenburg einmal «die Herrschaft der Verbände» genannt hat. Bei der Macht dieses neuen Lobbyistentums geht es nicht mehr um politische Entscheidungen, sondern um Verbandsinteressen ökonomischer Gruppen, die immer stärker auf die politischen Entscheidungen einwirken.

Es ist auch nicht zu übersehen, daß unserer Oeffentlichkeit das politische Bewußtsein mehr und mehr entschwindet. Sind Wahlen heute wirklich noch politische Entscheidungen? Sind sie nicht viel eher, wie es Arnold Gehlen unlängst einmal formulierte, nur noch «Akklamationen für wirtschaftliche Zustände?» Man wählt Regierungsparteien auf Grund ihrer wirtschaftlichen Erfolge. Man würde auch Oppositionsparteien wählen, sollten sie noch bessere Wirtschaftserfolge garantieren können.

Das heißt: die Entscheidung zwischen «rechts» und «links» ist heute gar nicht mehr politischer, sondern ökonomischer Natur. Die Massen honorieren wirtschaftliche Erfolge – ob sie von rechts oder links kommen, ist dabei von untergeordnetem Interesse.

Wieweit die Entpolitisierung unseres öffentlichen Lebens vorangeschritten ist, ist jedem bewußt, der sich heute bei uns mit der Organisation politischer Massendemonstrationen zu beschäftigen hat. Zwei ausgesprochen politische Staatsfeiertage wie der 1. Mai und der 17. Juni rufen in der Bundesrepublik heute stets aufs neue einige Verlegenheit wach. Für was soll man eigentlich demonstrieren? Die offiziellen Antworten sind klar: für den sozialen Wert und die Würde der Arbeit und für ein ungeteiltes, freiheitliches Deutschland. Aber alle Veranstalter dieser Feiern sind sich darüber einig, wie schwer es gegenwärtig fällt, die Bevölkerung dafür auf die Straße zu bekommen. Der neue, nachbürgerliche Typus der industriellen Großgesellschaft ist gegenüber allen politischen Demonstrationen höchst indolent. So stehen diese beiden Staatsfeiertage bei uns immer in Gefahr, zu zusätzlichen privaten Ruhetagen zu werden. Das hat seinen tiefen Grund. Arbeit und Freizeit sind die eigentlichen Pole und Lebensrhythmen des Menschen der technischen Gesellschaft. Radikale Anforderung im technischen Kollektiv und radikale Privatisierung in der Freizeit – das sind die einzigen sozialen Gesetze, die heute wirksam sind. Für die Politik bleibt dazwischen kaum Raum. Die Industriegesellschaft entpolitisiert also immer stärker das öffentliche Bewußtsein. Bei diesem politischen Bewußtseinsschwund bekommt auch die Frage «rechts oder links?» für die Bevölkerung eine höchst untergeordnete Bedeutung. Wichtig ist nur, daß die Produktion und der Konsum funktionieren. Erst wenn das nicht mehr der Fall wäre, könnte es wieder zu politischen Gruppierungen kommen.

Es gibt noch weitere Wandlungen, die berücksichtigt werden müssen. Die Rolle des Kapitals gegen das die klassische Linke so leidenschaftlich kämpfte, hat sich heute gewandelt. Der Kapitalist war in der Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts in der Tat der unbeschränkte Souverän und Ausbeuter der von ihm abhängigen Arbeiter. Das hemmungslose Profitstreben erzeugte eine Klasse der Ausbeuter und eine andere Klasse der Ausgebeuteten. Der Sozialismus kämpfte ja gerade gegen diese Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Aber es wäre unsachlich und reaktionär, dieses Ausbeutermotiv unserer modernen Industriegesellschaft in gleichem Maße zu unterschieben. Natürlich kann man über den Grad der Gewinnbeteiligung streiten, der dem Arbeitnehmer zuzufließen hat. Er steht bei uns sicher noch nicht in der richtigen Proportion zum Gewinn der Unternehmer. Wichtiger ist jedoch, daß die absolute und einseitige Herrschaftsfunktion des Kapitals in unserer Industriegesellschaft gebrochen ist. Wer der Besitzer eines Unternehmens ist, ist heute nicht mehr entscheidend. Entscheidend ist, wer an den Schalthebeln der Macht sitzt – und das sind heute fast immer Angestellte, die leitenden Direktoren, die zum Kapital selber keinen Zugang zu haben brauchen. Sie, die heute so oft genannten «Manager», sind weder Produktionsmittel- noch Kapitalbesitzer, sondern Angestellte – im Prinzip nicht andere Angestellte als ihre Bürokräfte. Trotzdem haben sie die entscheidende Macht. Es hat also eine neue Verteilung der Macht eingesetzt. Die Kapitalmächtigen, soweit es sie als Einzelpersonen und Familien überhaupt noch gibt, sind funktionsohnmächtig, die Funktionäre aber sind nicht eo ipso Kapitalisten.

Das wiederum hat unter anderem zur Folge, daß das Profitstreben, das früher die treibende Kraft der kapitalistischen Gesellschaft war und zu jener Ausbeutersituation führte, die der Sozialismus bekämpfte, weitgehend zurückgetreten ist. Natürlich muß ein Industriebetrieb auch heute Profit bringen, sonst wäre die Rentabilität des Betriebes für alle gefährdet. Aber das Profitstreben ist nicht mehr die vorrangige und hemmungslose Triebkraft des Wirtschaftsprozesses. Wichtiger ist das Funktionieren des Ganzen zum Wohle aller. Nehmen wir als Beispiel eine Autofirma wie das Volkswagenwerk. Die Besitzverhältnisse waren bei ihm lange unklar und bezeichnenderweise eigentlich unwichtig. Es gehörte offiziell bis zur Ausgabe der Volkswagenaktien dem Lande Niedersachsen. Genau war es nie geklärt. Wenn das Volkswagenwerk heute einen neuen Autotyp, den VW 1500, auf Serie legt, so wäre es töricht, zu sagen, dieses geschähe nur aus Profitsucht seiner Kapitalisten. Gerade diese gibt es ja eigentlich nicht. Natürlich muß sich ein neues Automodell rentieren, und natürlich soll die Produktion Gewinn abwerfen. Viel wichtiger als diese zusätzlichen Gewinne wird indessen die Stabilität und Stärkung der Arbeitsproduktivität im ganzen genommen – in

diesem Fall zum Beispiel die soziale Leistungsfähigkeit der Stadt Wolfsburg.

Mit dem VW 1500 wird der Konsumgesellschaft ein Angebot gemacht. Gelingt es, dieses Modell, wie geplant, abzusetzen, so ist nicht der Profit (der ohnehin einer Millionenschar kleiner VW-Aktionäre zufließt) das Entscheidende, sondern der soziale und produktive Impuls, der durch diese neue Serie die gesamte Wirtschaft belebt. An die Stelle individuellen Profitstrebens tritt also in der Industriegesellschaft eine Art kollektiver Solidarität, bei der immer alle gewinnen oder alle verlieren. Es kommt heute nicht mehr auf den privaten Produktionsmittelbesitzer an, es kommt darauf an, daß der Rhythmus von Produktion und Konsum nicht gestört wird. Die Stabilität des Allgemeinwohls ist die Konzeption der Wirtschaft.

Mit diesen Hinweisen verlieren wir uns keineswegs in volkswirtschaftliche Einzelfragen. Wir erwähnen das Beispiel nur, um zu zeigen, daß sich auch in der früher so heftig umkämpften Frage des Kapitals eine tiefgreifende Wandlung angebahnt hat. Daß die Kapitalisten unbedingt rechts und die Arbeitnehmer unbedingt links stehen müßten, ist ein veraltetes Schema. Es hatte bis vor wenigen Jahrzehnten seine Legitimation. Es kann auch heute noch zutreffen, es muß aber nicht. Heute beginnen sich auch hier die Fronten zu verwischen. Wie verschieben sie sich? Wer steht heute links?

Unsere bisherige Untersuchung hat schon gezeigt, wie kompliziert und neuartig die Frage geworden ist. Wir gestehen, daß wir sie auf diesem Wege kaum beantworten können. Vielleicht gelingt es uns, durch einen anderen Ansatz in unserem Thema weiterzukommen.

II

Unabhängig von den Wandlungen des gesellschaftlichen Seins, die wir darstellten, ist die Tatsache geblieben, daß es im gesellschaftlichen Bewußtsein noch immer den Begriff «links» gibt. Es wäre zu leichtfertig, dieses politische Bewußtseinsphänomen nur als historisches Relikt, als eine Art Nachhinken des Bewußtseins hinter dem geschichtlichen Sein zu interpretieren. Denn das Bewußtsein, links zu stehen, ist zweifellos eine der möglichen moralischen Grundhaltungen des Menschen. Es ist an keine spezielle Geschichtsepoche gebunden. Links konnte man immer stehen: im Spartakusaufstand des Alten Roms, in den Bauernaufständen des 16. Jahrhunderts, in der Bundesrepublik von 1961. Links ist in diesem Sinne eine «ewige» Haltung. Es entspricht ihr eine bestimmte Konzeption von Gesellschaft schlechthin. In den Tiefen ist sie eine moralische Haltung. Wir werden uns deshalb im folgenden mit der Frage zu beschäftigen haben, was denn links überhaupt als moralisches Konzept und geistiger Weltentwurf bedeutet. Wie sieht ein linker Weltentwurf aus?

Links – das ergibt sich schon aus der Dialektik der Begriffe, kann man nur in bezug auf etwas anderes stehen: zu einer Mitte und zu rechts. Niemand ist an sich und für sich allein links. Links steht man immer nur in bezug zu einer gegebenen Mitte und zu einer vorhandenen Rechten. Das ist eine erste fundamentale Erkenntnis. Sie heißt: links ist nichts Primäres, sondern etwas Reaktives. Man kann nicht an sich und überhaupt links sein; man ist es als Re-Aktion auf eine vorgefundene Aktion. Der Linke findet also immer schon eine Welt vor: er schafft nicht eine Welt, sondern er reagiert auf eine bereits vorhandene. In diesem dialektischen Reagieren liegt die praktische Schwäche und zugleich die moralische Stärke der linken Position. Wer links steht, protestiert gegen eine vorhandene Welt; er verneint sie und kämpft um eine neue, bessere Welt. Ist sie aber von den Linken realisiert – was ist dann links? Am Beispiel gesprochen: dreißig Jahre Herrschaft der Sozialdemokratie in Schweden haben dort einen fast vollendeten Wohlfahrtsstaat geschaffen. Eine Utopie von gestern ist soziale Wirklichkeit geworden – wer steht nun dort links? Gibt es noch ein Links von der linken Utopie, die verwirklicht wurde?

Man kann den linken Weltentwurf nur sichtbar machen, wenn man zuvor den rechten erkannt hat. Was also, so fragen wir zunächst, heißt Weltentwurf von rechts?

Der rechte Weltentwurf geht davon aus, daß eine Welt gegeben ist und daß diese gegebene Welt erhalten und geschützt werden muß. Ob er diese Ordnung geschaffen hat oder nicht – er steht zu ihr, er verteidigt sie, er hält sie auf jeden Fall für erhaltenswert. Umsturz dieser Verhältnisse erscheint ihm als Verrat und Revolution, Aufstand gegen die tiefste sittliche Ordnung. Die Erhaltung und Sicherung des Vorhandenen ist sein höchstes Ziel, seine Treue, seine Art von Moralität. In diesem Sinne ist etwa in Deutschland der Staatsbeamte oder der Soldat stets «rechts» gewesen: die unbedingte Treue zu der vorhandenen Welt war seine Moralität. Es gab nur eine Welt, die schon vorhandene; sie mußte gegen alle anderen möglichen Welten verteidigt werden. Das macht das Erzkonservative aller Rechten aus, daß sie bewahren, halten, konservieren wollen. Daß in eine solche Haltung tatsächlich eine große Moral investiert werden kann, soll nicht in Zweifel gezogen werden. Preußen wurde aus solcher konservativen Gesinnung groß. In England ist noch heute der Konservatismus eine der bewundernswürdigsten Säulen des britischen Gemeinwesens. Eine vorhandene Welt bestätigen, ist normalerweise keine große Aufgabe. Aber es kann Größe haben. Dann erhebt sich die platte Bejahung der bestehenden Verhältnisse, die Identität mit der Macht, zu der Einsicht in die tragischen Grenzen der Welt.

Denn natürlich ist für einen geschärften Geist, mag er auch noch so sehr rechts stehen, auf die Dauer nicht übersehbar, daß die Be-

jahung der bestehenden Verhältnisse nur dadurch erkaufte wird, daß auch die Unvollkommenheiten, Gebrechen und Leiden, die diese Verhältnisse schaffen, mitbejaht werden. Es macht das Wesen des Rechten aus, daß er zu dieser Bejahung der Schattenseiten, der Negativposten der Gesellschaft entschlossen ist. Der Rechte ist immer bereit, ein bestimmtes Quantum an Leiden in seiner Welt zu akzeptieren und sie als gottgegeben oder schicksalhaft anzunehmen. So zieht in den rechten Weltentwurf neben der positiven Bejahung der bestehenden Verhältnisse das Schicksalsmotiv ein: wer ihn bejaht, der glaubt fest daran, daß es einigen Menschen immer gut und einigen immer schlecht gehen wird. Dies erscheint ihm als eine ewige, unverrückbare Ordnung. Das Tragische, das darin anklingt, zu akzeptieren, macht geradezu die Metaphysik des Rechten aus. Die drei großen rechten Schriftsteller, die Deutschland in unserer Zeit hervorbrachte (Oswald Spengler, Gottfried Benn und Ernst Jünger) sind in der Tiefe alle Tragiker. Sie glauben nicht daran, daß die Welt auf ein absolut Gutes hin zu ordnen ist. Sie bejahen die relative Ordnung und nehmen die Unvollkommenheit der Welt als tragische Mitgift in Kauf. So bekommt der rechte Weltentwurf in seinen Höhen eine merkwürdige Mischung aus praktischer Daseinsbejahung, verbunden mit einer Metaphysik des Leidens. Letzte metaphysische Auskünfte von rechts sind «Schicksal», «ewige Ordnung», «gottgegeben», «sich mit dem Erreichbaren befrieden». Daß der Mensch nicht zum vollkommenen Glück, sondern zu einem heroischen Verzicht geboren ist, ist Metaphysik von rechts. Es wäre sehr interessant, unter diesem Aspekt unsere Philosophie und Literatur durchzumustern; man käme auf eine ziemlich genaue Scheidung der Geister.

Auf diesen Weltentwurf von rechts – erhalten, bewahren, schützen, leiden – reagiert die Linke mit dem dialektisch entgegengesetzten Entwurf. Sie will nicht um jeden Preis erhalten, sondern zum Besseren verändern, erneuern, revolutionieren. Sie will auch nicht Revolution um der Revolution willen (das wäre Anarchismus; sie will vielmehr, wie Walter Dirks es einmal ausdrückte, den schlechten Baum ausreißen, um einen neuen besseren Baum zu pflanzen. Die Linke glaubt also an die Veränderbarkeit der Welt. Sie anerkennt wohl die Realität der vorhandenen, ist aber gewiß, daß sie beseitigt und durch eine bessere Welt ersetzt werden kann.

Damit zieht ein zentraler Begriff in das Konzept der Linken ein: der Begriff der Utopie. Die Linke muß immer von einem utopischen Weltentwurf ausgehen. Sie glaubt daran, daß alle Menschen, wenigstens theoretisch, zum Glück berufen sind, und solange noch eine Gruppe des Volkes oder ein Volk auf dem Erdball nicht in den Besitz des möglichen Glückes gelangt sind, hört das Bemühen der Linken, die Welt zu verändern, nicht auf. Was die Linke also kennzeichnet, ist die Idee universeller menschlicher Solidarität: die in

der Französischen Revolution geborene Idee der Brüderlichkeit. Jeder Mensch ist jedes Menschen Bruder – das kann man von rechts, wo es Ordnungen, Stände, Hierarchien, Privilegien und Elend als konstante Sozialfaktoren gibt, nicht sagen. Die Menschheit ist eine brüderliche Familie, jeder in Not befindliche mein «Nächster»; diese urchristliche Gestalt des Nächsten, dem ich verbunden bin, weil er meine Hilfe braucht, ist eine anthropologische Grundfigur aller Linken.

Natürlich ist das Ziel, Glück für alle Menschen auf Erden zu realisieren, nie ganz erreichbar. Wir nannten deshalb den linken Weltentwurf utopisch. Freilich ist hier Utopie nicht in dem negativen und abwertenden Sinne des heutigen Tagesgebrauches gemeint. Utopie kommt aus dem Griechischen und heißt dort U-topos: das «Nicht-Ort-Habende», das Ortlose. Utopisch ist also ein Weltentwurf, der seine Ziele in das noch Ort- und Weglose hineinbaut: nicht einfach etwas Phantastisches und ganz und gar Unrealisierbares, sondern ein Hinausgehen über die jetzige Welt, eine die Welt transzendierende Oeffnung von letzten Horizonten, von denen aus das Weltganze konzipiert wird. Daß Utopien etwas ganz und gar Unrealisierbares seien, wird kein kritischer Zeitgenosse mehr behaupten wollen. Wir haben in der Technik mit der Entwicklung der Elektrizität, des Rundfunks und Fernsehens zum Beispiel Resultate, die noch vor einem Jahrhundert absolut utopisch erschienen. Sie waren damals «ortlos», aber inzwischen ist ihr Ort in die Geschichte eingetreten. Doch darauf, ob Utopien letztlich realisierbar sind oder nicht, kommt es für die Linken gar nicht an. Es kommt auf die treibende und verändernde Kraft an, die die Utopie in der Geschichte auszulösen vermag. Selbst wenn es unmöglich wäre, alle Menschen glücklich zu machen, so muß doch an der Idee festgehalten werden, weil auf dem Wege zu diesem unmöglichen Ziel wenigstens das Mögliche an Glück realisiert wird. Die Utopie hat also in dem Haushalt der Linken die Funktion einer Lokomotive: sie zieht die Züge der Geschichte voran, sie gibt die Kraft und Richtung, das heute Utopische morgen Wirklichkeit werden zu lassen.

Damit stoßen wir auf den wichtigsten geistigen Unterschied zwischen links und rechts. Wie der Rechte bei aller positiven Realitätsbejahung in der Tiefe Tragiker ist, ist der Linke bei aller aktuellen Verneinung der Realität in der Tiefe ein Optimist; sein Optimismus erhält und behauptet sich gegen alle negativen Realitäten des Tages aus der Tiefe eines metaphysischen Konzeptes. Metaphysisch optimistisch ist die Linke insofern, als sie prinzipiell an den realisierbaren Glücksanspruch jedes einzelnen Menschen glaubt. Das Elend der Landarbeiter in Sizilien etwa ist für den Rechten einfach ein Zustand, der hinzunehmen und vielleicht zu interpretieren ist: christlich (dann wird das Elend eine Verheißung zur Gotteskindschaft), liberalistisch (dann ist es ein Elend, aus dem der Einzelne

sich durch seine Privatinitiative freikämpfen kann), romantisch (dann wird das Elend zu einem anmutigen Prädikat italienischer Folklore). Aber keine dieser Interpretationen ändert etwas an der sozialen Gruppentatsache; man *kann* sie von rechts kaum ändern, weil der Rechte in der Tiefe an die Unveränderbarkeit der vorhandenen Ordnung einschließlich ihrer Unvollkommenheit glaubt. Für den Linken hingegen ist das gleiche Faktum ein Aergernis, ein Anstoß des Reagierens und Protestierens. Die Tatsache des Elends wird nicht als Schicksal fatalistisch hingenommen. In linker Optik ist sie ein Versagen der Gesellschaft, das durch eine bessere, gerechtere, sozialere Gesellschaftsordnung wettgemacht werden muß.

Die Idee universeller menschlicher Solidarität ist die moralische Seite dieses metpahysischen Optimismus. Es ist die tiefste Glaubensüberzeugung eines jeden Linken, daß jeder Mensch, gleichgültig, wo er steht, zur vollen positiven Entfaltung seines Menschseins geboren wurde. Solange er an dieser Entfaltung seines vollen Menschentums noch gehindert wird, hört der Linke nicht auf, zu «reagieren», zu protestieren und auf eine Veränderung der Zustände hinzuwirken. In diesem Sinne ist links auch immer international. Kein echter Linker kann sich mit der Tatsache begnügen, daß es in seinem Volke ja keine soziale Ungerechtigkeit mehr gäbe. Solange in Indien noch Menschen an Hunger sterben, muß er protestieren, auch wenn er selbst in Wohlstand lebt. Denn er ist nicht Tragiker, sondern Optimist. Er glaubt an die gerechte Welt überhaupt. Sein Glaube ist ein sozialer Welthumanismus.

III

Verlassen wir damit den Bereich moralischer Untersuchungen. Er hat uns immerhin zu der Erkenntnis geführt, daß die linke Position an sich nicht überholt ist, daß es sie wenigstens als *moralisches* Konzept gibt, daß es sie immer geben wird. Damit entsteht aber die Frage, wie denn dieses Konzept eines linken Humanismus in unserer modernen Welt zu konkretisieren, welche praktische Nutzenanwendung aus unseren bisherigen Ueberlegungen zu ziehen wäre.

Verhältnismäßig einfach hat es die linke Position in Anbetracht der sozial unterentwickelten Länder. Ueberall, wo noch Menschen in unwürdiger Armut und unverschuldetem Elend leben – und das gibt es auch noch in Europa, in Süditalien, in Spanien und in Portugal zum Beispiel – wird die Linke sich solidarisch, verantwortlich fühlen. Sie wird sich nicht mit dem Hinweis zufrieden geben, daß es solches Elend schon immer gegeben habe. Ihr Bewußtsein, für die Menschheit im ganzen brüderlich verantwortlich zu sein, macht sie zum Sprecher der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Sie wird nicht müde werden, gegen eine Welt des Unrechts zu protestieren; um in dem Bilde von Walter Dirks zu bleiben: den alten

Baum abzuhausen, ihn durch einen neuen, besseren Baum zu ersetzen.

Das hat mit der heute allorts betriebenen Entwicklungshilfe nur indirekt etwas zu tun. Die heutige Entwicklungshilfe kommt aus anderen Motiven: praktische Erwägungen, nicht sittliche Entscheidungen liegen ihr zugrunde. Man betreibt heute Entwicklungshilfe, um die unterentwickelten Länder nicht dem Kommunismus anheimfallen zu lassen, um stabile Ordnungen in den jungen Staaten Afrikas zu gewährleisten, vielleicht auch, um künftige neue Märkte zu erschließen – alles gewiß wertvolle und bejahenswerte Motive, die jedoch zeigen, daß sie nicht von links kommen. Linke Motive wären nicht politischer, sondern moralischer Art: sie würden auf den Menschen zielen, den Reisarbeiter in Indien, den spanischen Landarbeiter, das Proletariat auf Sizilien, dem um seiner eigenen Würde willen zu helfen ist.

Man kann also sagen, daß sich angesichts der unterentwickelten Welt (und sie umfaßt heute noch immer zwei Drittel der Menschheit) an der klassischen Position der Linken nicht viel geändert hat. Wer links steht, tritt immer für die Entrechteten und Benachteiligten ein. Freilich zeigt sich hier schon eine erste Einschränkung. Der Weg zur Behebung dieses Weltelends wird von einem modernen Linken nicht mehr in der proletarischen, sondern in der technischen Revolution gesehen. Die Machtergreifung des orthodoxen Kommunismus in den unterentwickelten Ländern, wie etwa in China, hat gezeigt, daß die schwerfällige Bürokratie einer totalen Wirtschaftsplanung nicht in der Lage ist, das Massenelend wirklich zu beheben. Der Kommunismus hat in China wohl überlebte Privilegien und Klassenunterschiede beseitigt; er hat aber zur Hebung des Gesamtniveaus nur wenig beigetragen.

Wir kommen damit zu einer ersten Antwort auf unsere Frage. Wer heute wirklich links steht, kann nicht mehr, wenn er wirklich den konkreten Menschen und nicht das abstrakte System im Auge hat, unkritisch den klassischen Weg des Marxismus beschreiten: Enteignung, Sozialisierung, Diktatur des Proletariats. Auch in den unterentwickelten Ländern muß er den Weg über die Diktatur des Proletariats als einen Irrweg ablehnen. Zu deutlich hat sich in den vierzig Jahren eines praktizierten Kommunismus gezeigt, wie schlecht eine total geplante Wirtschaft funktioniert, wie schwerfällig sie reagiert, wieviel neues menschliches Elend sie erzeugt. An die Stelle totaler Planwirtschaft wird er die konsequente Industrialisierung setzen. Eine Industrialisierung, die allen freiheitlichen Unternehmerimpulsen schöpferisch Raum gibt, aber auch die wirtschaftliche Freiheit dort eindämmt, wo sie die Rechte der Arbeitnehmer anzutasten versucht.

Sehr viel schwieriger freilich wird unser Problem, wenn wir es auf unsere westliche Industriegesellschaft eingrenzen. Was bedeutet

heute in der Bundesrepublik mit all ihren Konjunkturererscheinungen «links»? Gibt es das überhaupt noch? Regelt nicht die industrielle Dynamik heute alle sozialen Probleme gleichsam von selbst? Ist es überhaupt noch möglich, im Sinne universeller, humaner Solidarität einzugreifen? Ist nicht der Linke zu einer ohnmächtigen Gestalt geworden, deren sittliche Forderungen gleichsam von der Kraft der Tatsachen täglich unterlaufen werden? Zweifellos gibt es einen klassischen Typus des Linken, der heute bei uns so reagiert. Er nennt sich gelegentlich selber den «heimatlosen Linken». Mit dem Begriff der Heimatlosigkeit soll angedeutet werden, daß er keinen gesellschaftlichen Ort mehr hat, in dem er ruht, daß ihm die gesellschaftlichen Gruppen, die ihn tragen könnten, gleichsam entlaufen sind.

Links, so haben wir gesagt, ist reaktiv, links kann man nur in bezug auf etwas anderes sein. In solchem Zusammenhang muß man die Proklamation der «heimatlosen Linken» in Deutschland als Reaktion einer geistigen Elite auf die deutsche Lage nach dem Zweiten Weltkrieg verstehen. Das klassische Erbe des Marxismus mit seinem orthodoxen Glaubensgut von Materialismus und Dialektik, von Klassenkampf und Diktatur des Proletariats war, wenigstens für die deutsche Intelligenz, nach dem Zusammenbruch von 1945 in die Krise geraten. Man wußte aus dem gemeinsamen Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus, daß die Grundtheorie des Marxismus, alle Geschichtsprozesse seien allein ökonomisch aus Besitzverhältnissen zu erklären, nicht mehr akzeptabel war. Im Nationalsozialismus waren Geschichtskräfte mächtig geworden, die sich wirtschaftsgeschichtlich allein nicht erklären ließen.

Der kritische Linke in Deutschland begriff also sehr bald, daß sich ein neues Geschichtsbild auf der Basis des orthodoxen Marxismus nicht werde aufbauen lassen. Es galt Abschied zu nehmen von einem imponierenden Denksystem, das in überraschender Geschlossenheit scheinbar alle Geschichtsphänomene erklären konnte. Indem sich die deutsche Linke so vom Marxismus löste, geriet sie in jenes ideologisch-gesellschaftliche Niemandsland, das sie mit dem Begriff der Heimatlosigkeit bezeichnete. Die neuen ideologisch-philosophischen Positionen der deutschen Sozialdemokratie wurden erst sehr spät und dann reichlich unklar ausformuliert, so daß sich eine neue Bindung zwischen linker Intelligenz und Sozialdemokratie in Deutschland kaum ergab. Was sich ergab, war die Situation einer «freischwebenden Intelligenz». Die jüngere deutsche Literatur etwa ist heute durchweg links; befragt man sie aber nach ihren konkreten politischen Zielen, so wird man sehr schnell auf die Situation der Heimatlosigkeit verwiesen.

Das Verhältnis zwischen Macht und Intelligenz ist bei uns also gestört. Es scheint uns deshalb an der Zeit, diesen Begriff des «Heimatlosen» als das zu entmythologisieren, was er in der deutschen

Situation längst geworden ist: als einen bequemen Ausweg, sich durch einen romantischen Begriff der schwierigen Aufgabe zu entziehen, die eigene Position heute konkret durchzudenken. Natürlich kann man sich angesichts der neuen Gesetze der Industriegesellschaft in das Getto absoluter moralischer Forderungen von links flüchten. Man kann sagen: wir nehmen von den neuen Veränderungen der Gesellschaft keine Kenntnis und fordern die Durchsetzung der klassischen Theorien der Linken. Wir stellen diese Forderung sogar im Bewußtsein, damit in eine politische Heimatlosigkeit zu geraten. Aber eine solche Forderung muß damit rechnen, daß sie die Realitäten verfehlt, daß sie wirkungslos wird und in einer großen, im Grunde aber leeren Geste erstarrt. Wir glauben auch, daß eine solche Position gegen den echten Geist der Linken verstößt, daß sie aus einer geheimen, romantischen Schwenkung nach rechts kommt, die sich damit abgefunden hat, daß die Verhältnisse eben nicht zu ändern sind. Links, so haben wir zuvor festgestellt, gibt es nicht an sich, sondern nur als Reaktion auf eine vorhandene Welt. Es widerspricht deshalb der besten Tradition einer linken Geistigkeit, eine vorhandene Welt nicht ernst zu nehmen, nicht zu kritisieren und nicht mehr zu analysieren. Konkret gesprochen: wir glauben, daß auch heute in der Bundesrepublik nur dort linker Geist herrscht, wo man sich nicht in die Passivität politischer Heimatlosigkeit drängen läßt, sondern gewillt ist, dem Geist der Linken, dem Geist des Reagierens, des Analysierens und Kritisierens tatsächlich treu zu bleiben.

Damit kommen wir zur Beantwortung unserer ersten und letzten Frage, die uns so lange beschäftigt hat. Wir mußten so viele Umwege in Kauf nehmen, weil die Frage, was *heute* links sei, nur zu beantworten ist, wenn man dieses Heute zunächst gedeutet hat. Wir geben diese Antwort zunächst in einer negativen Umschreibung. Links ist heute nicht mehr identisch mit der Ausgangsposition des Marxismus, die allein aus der Interessenlage der Arbeiterklasse dachte. Gäbe es noch wie im 19. Jahrhundert bei uns eine eindeutige Arbeiterklasse, so wäre zweifellos die Propagierung ihrer Interessen Aufgabe der Linken. In einer industriellen Welt aber, in der die Zahl der Arbeiter dauernd schrumpft und die Zahl der Angestellten wächst, in einer Welt zumal, in der sich die Klassengegensätze zunehmend verringern, kann die Linke nicht mehr vom Klassenbegriff her begrenzt werden. Links ist heute bei uns also kein Klassenbegriff mehr, sondern eine geistige Haltung. Links kann deshalb auch nicht mehr die totale, soziale Revolution an sich sein. Soweit die moderne Industriegesellschaft soziale Tatsachen geschaffen hat, die dem sozialen Humanismus des Linken entsprechen, werden sie anerkannt und akzeptiert. Aber das kann nicht heißen, daß der Linke heute seinen Frieden mit unserer Gesellschaft zu schließen hätte. Denn die Tatsache, daß die katastrophalen Klassengegensätze früherer

Epochen bei uns geschwunden sind, bedeutet noch nicht, daß die Forderungen universeller menschlicher Solidarität erfüllt wäre. Die Tatsache, daß die Ausbeutergesellschaft im großen überwunden ist, bedeutet noch nicht, daß nicht dauernd trotzdem Ausbeutung und Unrecht geschähe. In diesem Sinne steht der Linke auch bei uns immer noch auf der Seite der Schwächeren, der Mittellosen, der ins Unrecht Gesetzten. Nach wie vor leitet ihn die Idee mitmenschlicher Brüderlichkeit und sozialer Solidarität, nach wie vor ist der Schwache sein «Nächster».

Doch dies wäre wohl zu allgemein. Wir müssen die linke Position in der Bundesrepublik deshalb noch genauer bestimmen. So ist ihr wichtigstes Kriterium neben der sozialen Solidarität die kritische Intelligenz. Genauer gesagt: der Glaube an die gesellschaftsfördernde Kraft der Ratio. In gewissen Grenzen ist jeder Linke Rationalist. Er kämpft gegen den Mystizismus, die Dunkelmännerei, gegen den Schicksalsglauben. Er glaubt, daß durch rationale Durchdringung, das heißt durch kritische Analyse und intellektuelle Erhellung das gesellschaftliche Wohl zu erreichen ist. Das muß nicht heißen, daß der Linke heute Rationalist im theologischen Sinne ist. Man kann sehr wohl an die christliche Dialektik von Sünde und Gnade glauben und trotzdem die Veränderung sozialer Unordnung aus rationaler Einsicht betreiben. Ein vielbeachtetes Beispiel dafür waren die französischen Arbeiterpriester, wie auch weite Kreise des sogenannten Linkskatholizismus das gleiche zeigen. Noch immer verbindet den Linken mit Karl Marx die kritische Gesellschaftsanalyse freilich kann sie nur dann wirklich «links», das heißt dialektisch reagierend sein, wenn sie auch wirklich die *vorhandene* Gesellschaft sieht, nicht wie der Kommunismus heute deren historisches Zerrbild.

Auch die Funktion des Linken, den Fortschritt gesellschaftlicher Zustände zu betreiben, hat sich seit Marx nicht geändert. Nach wie vor ist der Linke das unruhige, negierende Element, das dem bestehenden Unrecht mit seiner Kritik und Moral zu Leibe rückt. Eine solche kritische Unruhe ist nicht jedermanns Sache. Sie setzt eine ausgeprägte Individualität voraus, eine Fähigkeit, gegen den Strom der Zeit denken zu können; sie benötigt aber auch jene Bürgertugend, die wir Zivilcourage nennen. Das alles deutet schon darauf hin, daß die linke Position, wenigstens bei uns in Deutschland, eigentlich eine Position der Minderheit ist. Internationale Solidarität, Verantwortungsbewußtsein für das Wohl aller, Kritik an den bestehenden Verhältnissen, Bereitschaft, die bestehenden Machtverhältnisse zu analysieren und zu bessern – das alles sind Ideen, für die man nicht auf das ursprüngliche Verständnis der breiten Massen hoffen kann. Es widerspräche dem selbstkritischen Geist der Linken, diese Tatsache zu übersehen. Aber sie braucht nicht zu verwundern; denn es ist in der Tat so, daß die linke Position zunächst immer eine Position der «anderen», der wenigen, der

kleinen Gruppe war. Die großen Ideen der Geschichte wurden nie von der Masse geboren. Sie wurden immer von einer Minderheit entwickelt und dann erst den Massen zugänglich gemacht. Gerade in dieser Wechselwirkung von Intelligenz und Masse liegt die Stärke der Linken. Soziale Ideen proklamieren, entwickeln und in die Massen tragen, war stets die Hauptaufgabe der linken Publizistik. Ja, man kann fast so weit gehen, die Publizistik als eine typisch linke Stilform zu deuten, während die vergleichbare Stilform der Rechten der Essay ist. Denn der Essay, wie ihn bei uns Ernst Jünger, Benn, Ernst Robert Curtius entwickelt haben, will nicht verändern, bewirken, sondern eine vorhandene Welt deuten und klären. Er setzt die vorhandene Welt voraus; die Publizistik hingegen kämpft um eine neue.

Die Tatsache der Minderheit ist also kein Einwand gegen die Situation der Linken; sie gehört heute genau wie früher zu ihrem Wesen des kritischen Reagierens. Unverändert sind auch ihre Ziele geblieben, eine sozial gerechte Weltordnung zu schaffen. Verändert sind die Wege zu diesem Ziel. Besonders klar ist diese Veränderung gegenüber dem Kommunismus. Während bis vor wenigen Jahrzehnten die Spielformen der europäischen Linken bis zum Kommunismus gleitend, voller Anknüpfungspunkte und Uebergänge waren, hat sich heute eine klare Trennung ergeben. Dies mag durch die politische Zweiteilung der Welt mitbedingt sein. Es hat jedoch seine tiefste Wurzel in der Erfahrung der neuen kommunistischen Wirklichkeit. Denn die über vierzigjährige Praxis kommunistischer Theorien hat der europäischen Linken vor Augen geführt, daß eine Verwirklichung der linken Utopie nach russischem Vorbild einer Verfehlung aller Ausgangsideen gleichkommt. Die Geschichte dieser Erkenntnis, die Geschichte der Emanzipation der freiheitlichen Linken vom Diktat der KP ist lang und schmerzlich; es gibt erregende Bücher und Bekenntnisse aus zahlreichen Ländern, in denen vom Drama dieser Enttäuschung und Trennung berichtet wird. Sie vollzog sich hauptsächlich in den dreißiger Jahren, während des Höhepunktes des Stalinismus, gleich nach dem Spanienkrieg. Schon damals ging eine Welle des Erwachens durch die europäische Linke: gerade jene ihrer Vertreter, die ihrem humanistischen Ausgangspunkt treu geblieben waren, die die Befreiung des Menschen aus unwürdigen Abhängigkeiten noch immer zum Ziel hatten, mußten nun gegen den neuen Terror, der im Namen des Sozialismus begann, Stellung nehmen. Sie wurden vielfach die schärfsten Gegner des Kommunismus; vieles von verletzter Hoffnung, innerster Enttäuschung, auch manche geheime Rechtgläubigkeit kam hier zum Ausdruck.

So ist die Position der Linken heute eine doppelte. Sie muß sich einerseits gegen alle Anknüpfungsversuche des Kommunismus wehren; sie muß aber auch andererseits sich stets neu abgrenzen gegen

alle Versuche, sie von rechts gleichsam aufzulösen. Sie kämpft gegen zwei Fronten in einer veränderten Welt schwindender Klassengegensätze und kämpft doch den alten Kampf der Brüderlichkeit. Sie findet eine Welt vor, in der vieles, was das 19. Jahrhundert als unlösbar ansah, sich gelöst hat, aber sie weiß trotzdem, daß ebensoviel noch zu tun ist. Grundidee bleibt die Idee sozialen Fortschritts. Was das im einzelnen heißt, ist nur aus einer neuen konkreten Auseinandersetzung mit den Gesetzen der modernen Industriegesellschaft zu ermitteln. Deshalb ist die Hauptaufgabe der demokratischen Linken heute, das Funktionieren unserer neuen technischen Gesellschaft zu studieren, sie auf die Idee der gerechten Ordnung für alle zu prüfen. Erst wenn sie sich hier kritisch neu engagiert, wenn sie die Besitzverhältnisse, die Machtverteilung, die Funktionsgesetze unserer Epoche analysiert hat, kann sie ihre moralische Forderung neu konkretisieren.

Trotzdem gibt es bestimmte Forderungen, die heute genau wie früher zum festen Bestandteil der linken Position gehören. Der Linke kämpft für die Gleichheit aller Menschen. Das heißt: er kämpft auch heute noch gegen soziale Privilegien und Bevorzugung einzelner Gruppen. Er kämpft gegen die Reste des Kolonialismus und gegen die Diskriminierung der Rassen. Er ist für das äußerste Maß an Freiheit, das möglich ist. Er steht gegen den Opportunismus der bestehenden Welt; denn seine Welt ist dauernd in Wandlung, in einer immerwährenden Erneuerung auf das Bessere hin.

Dieser Kampf des Linken ist heute kein Klassenkampf mehr. Er vollzieht sich nicht mehr im Akt der Revolution, sondern nach den Spielregeln der Demokratie. Ihre Umgangsform ist das Gespräch, die Partnerschaft, die Diskussion. Der richtige Linke weiß deshalb auch, daß er nicht ohne den Rechten möglich ist, daß sie beide zusammen notwendig sind. Erst im Zusammenspiel beider Positionen wird ihre Wahrheit sichtbar. Rechts und links sind Positionen, die unüberbrückbar sind. Trotzdem gehören sie zusammen, ergeben, wie die beiden isolierten Pole einer elektrischen Leitung, erst den Strom der Politik. Man muß sie trennen, um sie zusammen wirksam zu machen.

Was also ist rechts? Was ist links? Walter Dirks hat die Antwort einmal auf eine kurze Formel gebracht, mit der wir schließen möchten: «Nichts ohne Not ändern, ist das stille Bekenntnis der echten Rechten. Das Notwendige tun, ist der lautere Wille der Linken.»

Horst Krüger, Baden-Baden.

Oskar Negt Was ist heute links?

2005

Seit in den 1820er Jahren, also in einer Restaurationszeit Frankreichs, die Parteien ihre parlamentarische Sitzordnung nach rechts und links festlegten, schien gesichert zu sein, wo jeder hingehört. Die konservativen Ordnungsparteien beanspruchten die rechte Raumhälfte; mit rechts assoziierte man positive Eigenschaften: geordnetes Leben, Rechtsbewusstsein, Geradlinigkeit und Aufrichtigkeit. Den übrigen Parlamentsfraktionen blieb nichts anderes übrig, als sich die restlichen Plätze zu teilen, links von der Ordnungspartei.

Sie taten es widerwillig und nur unter Protest – obwohl sie sich, nicht mehr weit von der Julirevolution entfernt, in ihrem Selbstbewusstsein durchaus hätten stärken können, wenn sie den Mut gehabt hätten, sich auf die französische Revolution zu beziehen. Da nannte sich die radikalste revolutionäre Gruppierung, am Ende eine Mehrheitspartei, der Berg. Sie saß im Konvent so, fühlte sich entsprechend und blickte auf das herab, was man abfällig „Sumpf“ nannte – aber wer wollte damals schon als Jakobiner identifiziert werden?

Es dauerte lange, bis die so Ausgegrenzten aus diesem bedauerlichen Tatbestand der „Rechtsdefinition“ ein positives Selbstverständnis und ein politisches Bewusstsein entwickelten, mit der Kritik am schlechten Zustand der Welt auf der Zukunftsseite der Geschichte zu stehen. Bei den Linkshegelianern dämmert das zunächst auf, schließlich übernehmen ein solches Selbstverständnis fast alle sozialistischen Parteien – in der ganzen Breite ihrer gewiss nicht immer auf gemeinsame Nenner zu verrechnenden Positionen.

Nun gab es in dem abgelaufenen Wahlkampf, der von den Großparteien als gesellschaftliche Richtungsentscheidung ausgerufen worden war, eine parteiengeschichtliche Kuriosität: Eine dieser Parteien nennt sich schlicht „Die Linkspartei“. Das muss vielen, die ihr weder angehören noch sie gewählt haben, als Provokation erscheinen. Jedenfalls taucht jetzt in den Medien und in den Alltagsgesprächen wieder verstärkt jene Frage auf, die zuletzt im Zuge des Zusammenbruchs des Ostblock-Kommunismus die Gemüter erregte: What's left? Was ist links?

Ja, was ist heute links? Angesichts jener Erosionstendenzen, die die bisher als einigermaßen haltbar betrachteten sozialen Milieus und die alte Lagermentalität zu erfassen drohen, ist diese Frage nicht leicht zu beantworten. Wo man Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und hohe Gewaltbereitschaft feststellt, wird es nicht schwerfallen, das eher einer rechten Denkweise zuzuschreiben; auch lassen sich im Idealismus des Wertehimmels leicht Definitionen finden, die zur Tradition der herrschaftskritischen Linken gehören: soziale Gerechtigkeit als wesentliches Element lebendiger Demokratie, Herstellung würdiger Lebensverhältnisse, Chancengleichheit, Erweiterung der sozialen und politischen Teilhaberechte, Sicherung der Bürger- und Menschenrechte, Solidarität.

Der einzige Makel, der diesen Zuschreibungen anhaftet, besteht darin, dass sie häufig auch von jenen proklamiert werden, die in ihrer konkreten Alltagspolitik genau das Gegenteil praktizieren. Die alte Trennschärfe zwischen

Rechts-
zu Fall.
Matt
14. Juli
von rec
scheide
„Die
zehn P.
zehn P
kassen
kleine
Übrige
höchste
Untern
haben
fürs G
beschr
Religio
In de
die ko
fortsch
mit be
teidigu
sche B
Viellei
Walter
einer r
vorne,
des Ur
So b
gang
die Re
ganz a
sende
beitun
schaftl
authen
In e
ments
stand
schlaç
in uns

Rechts-Links-Linien geht verloren, es bedarf konkreter Überprüfung von Fall zu Fall.

Matthias Greffrath hat in einem beachtenswerten Artikel in der „Zeit“ vom 14. Juli 2005 einige Fälle genannt, die den alten Zurechnungsschematismus von rechts und links durchbrechen. Zurück an die Basis, sagt er, denn da entscheidet sich, wo links ist und was eine linke Haltung ausdrückt.

„Die junge Verkäuferin bei Karstadt, die sagt: ‚Na klar, ich würde auch zehn Prozent weniger arbeiten für zehn Prozent weniger Lohn, wenn dafür zehn Prozent mehr eingestellt würden.‘ Der konservative Präsident des Sparkassen-Verbandes, der die Liberalisierung von IWF und EU kritisiert, weil er kleine Selbstständige und Staat in Gefahr sieht. Der Solar-Ingenieur, der im Übrigen meint, dass die Steuern anfallen müssen, wo die Wertschöpfung am höchsten ist – also beim maschinenfixierten Kapital. Der mittelständische Unternehmer, der seine Steuerpflicht nicht exportieren kann. [...] Sie alle haben zurzeit keine parlamentarischen Vertretung, sie alle haben einen Blick fürs Ganze. Und der ist nicht auf ‚links‘ [im herkömmlichen Sinne, O.N.] beschränkt, sondern wahrscheinlich der kostbare säkulare Rest der alten Religion.“

In der Tat, ein Grundzug im Linksverständnis scheint mir neu zu sein: Es ist die konsequente Haltung des Bewahrens, was ehemals als konservativ und fortschrittsfeindlich galt. Dieses pflegliche Umgehen mit dem Gemeinwesen, mit bewahrungswürdigen Traditionsbeständen, die über die Sozialstaatsverteidigung hinausgehen, macht heute eine Linke zukunftsfähiger als der fortschrittliche Blick auf das Innovationsgehebe, das inzwischen alle Parteien teilen. Vielleicht lässt sich Fortschritt doch ganz anders begreifen, etwa im Sinne Walter Benjamins. Er spricht vom Anhalten der Zeit, vom jüngsten Tag als einer rückwärts gewandten Gegenwart. Fortschritt geht nicht mehr nur nach vorne, sondern immer stärker auch in die Erinnerung des Liegengebliebenen, des Unerledigten.

So begreift Benjamin, in einem großartigen Bild, Revolution als einen Vorgang der Wiedergutmachung des beschädigten Vergangenen. „Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotiven der Weltgeschichte. Vielleicht ist dem ganz anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.“ Fortschritt ist die Verarbeitung der von ihm erzeugten, aber ausgegliederten Probleme. Das gesellschaftlich Unbeackerte ins Blickfeld der Bearbeitung zu rücken, wäre eine authentische Linksdefinition.

In einem Punkt haben die Wahlergebnisse, die Verwirrung in die Parlamentsroutine gebracht haben, einen soziologisch höchst bedeutsamen Tatbestand öffentlich gemacht: Eine medial und demoskopisch wirksam unterschlagene Wirklichkeit ist sichtbar geworden, die tiefe Risse und Spaltungen in unserem Gesellschaftsgefüge erkennen lässt.

2006

Was heute links ist

Von Erhard Eppler

In früheren Zeiten entschied der Ort im Parlament darüber, was als links galt. Denn vom Präsidenten aus links saßen meist die Abgeordneten, die den etablierten Mächten am radikalsten widersprachen. Das war so bei den Jakobinern in der Französischen Revolution, den deutschen Republikanern 1848, den Kommunisten in der Weimarer Republik. Auch heute gibt es Menschen, die sich schon deshalb für links halten, weil sie die Leute, die für sie die Herrschenden oder auch die Eliten sind, als unfähig, lobby-hörig, geld- und geltungssüchtig oder gar korrupt verachten. Nur: Tun dies nicht auch die Rechtsradikalen? Mit der Regel, man sei umso weiter links, je weniger man von den jeweils Dominierenden halte, kommen wir also nicht weiter.

Daher hilft auch nicht das Kriterium der Staatsnähe oder Staatsferne. Im 19. Jahrhundert waren es in Preußen die Konservativen, die mit Bismarck den starken, hochgerüsteten Staat verfochten – gegen den Widerstand der Liberalen. Die Liberalen, die auch nach 1871 an ihrer Kritik festhielten, verstanden sich als Linksliberale, die ändern, die sich mit Bismarck arrangierten, nannten sich Nationalliberale. Und heute? Wenn Guido Westerwelle unverdrossen für Steuersenkungen eintritt, ohne sich darum zu kümmern, welche Aufgaben des Staates dann noch erfüllt werden können – ist das dann etwa links? Oder wird er dabei zum Sprachrohr einer dünnen Schicht, die für die Bildung ihrer Kinder, ja für ihre Sicherheit selber sorgen kann?

Damit wären wir bei einem brauchbareren Kriterium: den Interessen. In einer pluralistischen Demokratie ist Interessenvertretung nichts Anrühiges. Aber es hat doch wohl mit rechts und links zu tun, welche Interessen man vertritt. In einer Zeit, in der die Kapitaleinkünfte kontinuierlich zunehmen auf Kosten der Einkommen aus Arbeit, wäre es doch wohl links, die Kapitaleinkommen stärker, die Arbeitseinkommen weniger zu besteuern. Wenn ein global agierendes Kapital dies verhindern kann, indem es mit Investitionsverweigerung und Kapitalflucht droht – oft braucht es gar nicht zu drohen –, wird linke Politik ein halbsbrecherisches Unternehmen. Wer aber aus einsichtigen Gründen nicht mehr zu tun wagt, was er für gerecht hält, muss dies dann auch offen einräumen. Beides, das Eingeständnis der Ohnmacht und deren Vertuschung, kostet Vertrauen.

Linke Politik orientiert sich am gemeinen Wohl – und sie stellt sich dem Diskurs darüber, was dies jeweils sei –, aber sie tritt auch für die Schwächeren ein.

* Der Autor, von 1968 bis 1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und langjähriger Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, wird am 9. Dezember 80 Jahre alt. Sein Artikel basiert auf einem Hörfunk-Beitrag, der am 17.9.2006 im Deutschlandfunk gesendet wurde.

Beides kann sich decken, muss es aber nicht. Sozillasten können die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit schmälern, sie fördern aber auch die Auslastung der Kapazitäten einer Volkswirtschaft. Verantwortliche linke Politik wird also immer versuchen, Hilfe für die Schwächeren in Einklang zu bringen mit dem Wohl des Ganzen. Innerhalb einer marktradikal globalisierten Wirtschaft gelingt genau dies im Nationalstaat nur selten. Darum hat die Linke schon bessere Zeiten gesehen.

Was bedeutet Fortschritt?

Im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert bedeutete links progressiv. Linke glaubten an den Fortschritt. Geschichte war für sie Fortschritt, und zwar für die Liberalen wie die Sozialisten. Die Liberalen glaubten an einen kontinuierlich wachsenden Wohlstand durch technische Innovation. Kultureller Fortschritt durch mehr und bessere Bildung galt als notwendige Folge. Die Arbeiterschaft, die jeden Tag erfuhr, wie wenig sie an alledem teilhaben konnte, sah mit Marx den Fortschritt im Gefolge von Klassenkämpfen kommen. Aber auch der historische Materialismus kannte ein dialektisches Szenario des notwendigen Fortschritts. Für die Konservativen war solcher Fortschritt zuerst einmal Abwertung und Verfall des Bewährten: Familie, Religion, Monarchie, Ständegesellschaft.

Der Fortschrittsglaube hat das Gemetzel des Ersten und sogar des Zweiten Weltkriegs besser überstanden, als zu erwarten war. Sogar Konservative wie Franz Josef Strauß wollten „an der Spitze des Fortschritts“ marschieren. Gemeint war wirtschaftliches Wachstum durch einen technischen Fortschritt, der inzwischen „Innovation“ hieß. Dafür rückten Sozialdemokraten vom Fortschritt als Geschichtsgesetz ab. „Bloßes Fortschreiben“, so heißt es im Berliner Programm der SPD von 1989, „ergibt keine Zukunft mehr“. Nicht nur keinen Fortschritt, sondern keine Zukunft. Daher sagen die Sozialdemokraten, welchen Fortschritt sie wollen, nämlich einen, „der den Frieden nach innen und außen sichert, das Leben von Mensch und Natur bewahrt, Angst überwindet und Hoffnung weckt.“ Und weil dieser Fortschritt, der auch „das Bewahrenswerte erhalten“ will, nicht von selbst kommt, wollen die Sozialdemokraten „dafür arbeiten“. Links ist also nicht mehr der Glaube an den Fortschritt, sondern der Wille zum Fortschritt. Und dies verlangt „Umdenken, Umsteuern, Auswählen und Gestalten“. Linke fühlen sich dafür verantwortlich, dass technische Innovation menschlichem Fortschritt dienstbar gemacht wird.

Für die Öffentlichkeit sichtbar geworden sind diese Verschiebungen durch den Konflikt über die Atomenergie. Während für die Unionsparteien die Atomenergie eine technische Spitzenleistung ist, die sich eine Industrienation nicht entgehen lassen darf, fragen Sozialdemokraten, ob diese Energie auf Dauer ohne Katastrophen handhabbar ist von Menschen, die zwar sehr vernünftig, hilfsbereit und gewissenhaft sein können, aber auch müde, betrunken, depressiv, wütend, rachsüchtig, aggressiv bis zum Selbstmordattentat. Sie fragen, ob in einer Welt bröckelnder Gewaltmonopole, unzähliger bewaff-

meter
bar se
Dak
vor 10
Um 19
ohne
den Li
mit Ro
tigen
werde
einem
musst
beschi
Mens
gesch
(Luthe
gegen
servat
von fr
Pöbel
Demo
„Welt
Das
haben
bild g
die Ve
als Inc
was T
Konte
zum E
möglich
Daher
Nac
schen
konnt
Mens
ihn da
zur Se
ment,
Atome
chaoti
nünfti
und d
Für
kratie
schen

neter Konflikte innerhalb von Staaten eine solche Energiequelle verantwortlich sei.

Dabei zeigt sich ein Wandel, ja eine Umkehrung auf einem Gebiet, das noch vor 100 Jahren links und rechts eindeutig trennte: dem des Menschenbildes. Um 1900 war es noch nicht üblich, vom „christlichen Menschenbild“ zu reden, ohne zu verraten, was damit gemeint ist. Damals warfen die Konservativen den Linken vor, sie hätten ein allzu optimistisches Menschenbild, sie glaubten mit Rousseau an den von Natur aus guten Menschen, den man nur in die richtigen Verhältnisse versetzen müsse, damit sein Gutsein für jeden erkennbar werde. In der Tat war das Emanzipationspathos der Linken verbunden mit einem optimistischen Menschenbild: Der Mensch war zur Freiheit berufen, er musste sich nur befreien von allerhand Bevormundung. Der Fortschritt beschleunigte sich dann von selbst. Konservative hielten dem entgegen, der Mensch sei auch zum Bösen fähig, ja er sei durch Erbsünde belastet und geschlagen, daher bedürfe er einer harten Ordnung, auch „des Schwertes“ (Luther), damit er sich nicht seinen schlimmen Neigungen hingeebe. Sogar gegen kürzere Arbeitszeiten (kürzer als 48 Stunden pro Woche) wandten Konservative ein, wenn die Leute – und manche sagten sogar „der Pöbel“ – nicht von früh bis spät schufteten, kämen sie nur auf dumme Gedanken. Weil der Pöbel sich niemals selbst regieren könne, waren Konservative lange gegen Demokratie. Es waren diese gegensätzlichen Bilder vom Menschen, die den „Weltanschauungsparteien“ zugrunde lagen.

Das 20. Jahrhundert hat davon wenig übrig gelassen. Die Sozialdemokraten haben sich im Berliner Programm zum ersten Mal präzise zu ihrem Menschenbild geäußert. Sie beziehen sich auf die Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen, sehen den Menschen als „Vernunft- und Naturwesen, als Individual- und Gesellschaftswesen“ und bewegen sich sehr nahe an dem, was Theologen zum christlichen Menschenbild zu sagen haben. In unserem Kontext entscheidend sind die Sätze: „Der Mensch, weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt, ist lernfähig und vernunftfähig. Daher ist Demokratie möglich. Er ist fehlbar, kann irren und in Unmenschlichkeit zurückfallen. Daher ist Demokratie nötig.“

Nach Sigmund Freuds Psychoanalyse, nach Hitler und Stalin ist das Menschenbild der Linken skeptischer und realistischer geworden. Willy Brandt konnte im kleinen Kreis erzählen, wie er als Junge gesungen habe „Der Mensch ist gut!“ und wie er immer wieder das Gegenteil erleben musste. Was ihn daran hinderte, ein Menschenverächter zu werden, war seine Fähigkeit zur Selbstkritik und sein Humor. Aber er hatte viel Verständnis für das Argument, Menschen brauchten eine fehlerfreundliche Technik, keine, die, wie die Atomenergie, auf perfekte Menschen angewiesen sei. Atomkraftwerke und chaotische Gewalt passen nicht zusammen. Ist das nur links oder einfach vernünftig? Jedenfalls ist es die Haltung, die von den Erben der Zentrums- und der preußischen Konservativen zu erwarten gewesen wäre.

Für die frühen Konservativen schloss ihr skeptisches Menschenbild Demokratie aus. Für die Linke begründet heute ihr weniger optimistisches Menschenbild die Demokratie, ihre Mechanismen der Gewaltenteilung, der

Machtkontrolle, der Macht auf Zeit. Dazu gehört heute das Wagnis direkter Demokratie. Wer Demokratie auch gegen Routine und Langeweile verteidigen will, muss dem Souverän die Chance geben, seine Meinung unmittelbar durchzusetzen, notfalls auch gegen die von ihm gewählte Parlamentsmehrheit.

Auf dem Weg in den Marktstaat

Im Deutschland der Hohenzollernkaiser, aber auch noch in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik, war wohl eine Mehrheit der Meinung, die Konservativen hätten den Umgang mit Macht, das Regieren, gelernt, die Linken seien allenfalls gut als kritisches Korrektiv, als Opposition. Daran war nicht alles falsch. Linke Positionen wurden in Europa häufig zuerst als Kritik hörbar. Liberale wie Sozialisten wandten sich zuerst einmal gegen die Kräfte, die offenkundig mehr zu sagen hatten, als für das Ganze gut war. Das war für die Liberalen der preußische Landadel und die lutherische Geistlichkeit, für die Sozialisten dazu noch die aufstrebende Bourgeoisie, auf die sich die Liberalen stützen.

Aus welcher Richtung droht heute eine Vorherrschaft über alle anderen Kräfte der Gesellschaft? Vom Adel sicher nicht mehr, von den Kirchen auch nicht. Handwerker und mittelständische Unternehmer haben Mühe, sich zu behaupten. Noch mehr gilt dies für die Gewerkschaften. Der Staat? Er kann gelegentlich lästig werden, aber gerade der Nationalstaat ist vom global agierenden Kapital zum Standort degradiert worden, den man mit Investitionen fördern kann – oder auch nicht. Für die Liberalen gilt immer noch: Im Zweifel gegen den Staat. Aber sie selbst behaupten nicht mehr – wie vor 100 Jahren –, dies sei links.

Kennzeichen des beginnenden 21. Jahrhunderts ist die Dominanz des Marktes. Hatte der Kommunismus versucht, den Markt durch Bürokratie und politische Entscheidungen zu ersetzen, so wird heute dem Markt mehr übergeben, als gut ist. Der Markt, so hören wir, sei immer klüger als die Politik, überdies auch flexibler, effizienter, billiger. Vor allem in den Kommunen hat dies dazu geführt, dass, wenn einmal die Stadtwerke verkauft, der öffentliche Nahverkehr oder die städtische Klinik privatisiert ist, im Gemeinderat immer weniger zu entscheiden ist. In Bundesländern wird ausgelotet, inwieweit die Verfassungen eine Privatisierung der forensischen Psychiatrie oder gar des Strafvollzugs erlauben. Aber wer sein Geld in Gefängnissen angelegt hat, ist auch an deren Auslastung interessiert. Inzwischen wird klar, dass alles, was dem Markt überlassen wird, zur Ware werden muss. Und Waren haben die Eigenschaft, dass die einen sie kaufen können, die anderen nicht. Und die einen sind oft wenige, die anderen viele.

Das stört nicht, wenn es sich um Kühlschränke oder Brot oder Autos handelt. Dass einer sich einen Porsche leisten kann, die andere nicht einmal einen Golf, muss auch einen modernen Linken nicht empören. Der Wettbewerb der Bäcker um die schmackhaftesten Brotsorten ist sicher dem staatlich verordne-

ten Brotrezept vorzuziehen. Aber wie steht es mit Kultur, Bildung oder gar Sicherheit? Dürfen sie auch zur Ware werden, die die eine sich kaufen kann, der andere nicht?

Der Citoyen wird zum Kunden

In den USA ist ein – bislang nicht ins Deutsche übersetztes – Buch von 900 Seiten erschienen, geschrieben von einem blitzgescheiterten Ökonomen, Historiker und Präsidentenberater namens Philip Bobbitt.¹ Für ihn läuft die Geschichte auf den Marktstaat zu, den *market state*, in dem der Staat nur noch dafür verantwortlich ist, dass die Märkte funktionieren, während die Bürgerinnen und Bürger sich die *opportunities*, die günstigen Gelegenheiten, zunutze machen sollen, welche die Märkte bieten, auch der Arbeitsmarkt, der Bildungsmarkt, nicht zuletzt der Sicherheitsmarkt mit seinen privaten Sicherheitsfirmen. Zwischen Staat und Bürger schiebt sich der Markt. Der Staat ist verantwortlich dafür, dass der Arbeitsmarkt, möglichst dereguliert, funktionieren kann. Er ist nicht zuständig für die Menschen, die keine Arbeit finden. Der Staat ist nicht verpflichtet, als Inhaber des Gewaltmonopols für Sicherheit zu sorgen. Sie ist am Markt erhältlich, für alle, die es sich leisten können. Die es nicht können, haben Pech gehabt.

Sicher, den Bobbittschen Marktstaat gibt es so noch nicht, auch nicht in den USA. Aber vieles, was heute politisch verfochten wird, bekommt erst seinen präzisen Sinn, wenn man den Marktstaat als Ziel unterstellt.

Die Tendenz zum Marktstaat wird begleitet von einer beängstigenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche und damit auch des Bewusstseins. Wer sich täglich darum bemüht, die jeweils billigste Bahnfahrkarte oder Flugkarte, das billigste Telefongespräch, das sensationellste Schnäppchen ausfindig zu machen, ist ausreichend beschäftigt. Und wenn er dann doch Zeit hat, einen privaten Fernsehsender einzuschalten, so umwerben ihn attraktive Damen, die immer neue Gewinne von einigen tausend Euro ausloben.

„Geiz ist geil“ kann nur verkünden, wer die Ökonomisierung seines Bewusstseins hinter sich hat. In der abendländischen Geschichte war der Geizige entweder ein Sünder oder eine lächerliche Figur (Molière). Für mittelalterliche Theologen wie für die Aufklärer des 18. Jahrhunderts wäre „Geiz ist geil“ das Motto einer heruntergekommenen Gesellschaft.

Der Marktstaat wird nur hingenommen, wenn das Bewusstsein hinreichend ökonomisiert ist. Und je näher wir dem Marktstaat rücken, desto mehr verfestigt sich die Ökonomisierung des Bewusstseins.

Wer, wie George W. Bush, nicht zwischen Konsument und Citoyen unterscheidet, hält den Marktstaat für Demokratie, ja für perfekte Demokratie. Denn die Wahlmöglichkeiten, die *opportunities*, wachsen. Aber als Citoyen, als Staatsbürger, hat der freie Konsument kaum mehr etwas zu entscheiden. Renten? Die sind am Versicherungsmarkt zu haben. Bildung? Sie ist überall zu

1 Philip Bobbitt, *The Shield of Achilles. War, Peace and the Course of History*, New York 2002.

kaufen – oder auch nicht. Politik wird nicht verboten, sie wird überflüssig, gegenstandslos. Der Citoyen wird zum Kunden.

Wenn linke Positionen zuerst Gegenpositionen zur jeweils dominierenden Macht sind, dann muss die Linke jetzt klarmachen, was zur Ware werden darf und was nicht. Bildung ist ein Menschenrecht, dem der Staat zu dienen hat, keine Ware. Sicherheit ist eine Bringschuld des Staates, seit er sein Gewaltmonopol durchgesetzt hat. Kultur ist eine der Äußerungen der menschlichen Natur, die seine Würde ausmachen. Also müssen auch Formen der Kultur möglich sein, die sich am Markt nicht behaupten können. Wenn zu den Menschenrechten die körperliche Unversehrtheit gehört, dann steht jedem Menschen ein Existenzminimum zu, auch wenn er es nicht bezahlen kann. Und so fort.

Links ist heute zuerst einmal der Wille, Politik – und als Instrument von Politik den Staat – gegen das Überborden des Marktes zu verteidigen. Demokratie ist nicht nur, aber primär eine Staatsform. Man kann nicht in immer neuen Bereichen Staat durch Markt ersetzen, ohne die Demokratie zu demontieren. Der demokratische Staat und seine Citoyens und Citoyennes verhalten sich unmittelbar zueinander: Die Citoyenne fühlt sich direkt verantwortlich für das, was in ihrer cité geschieht und geschehen soll. Und die cité weiß sich zuständig, wenn die Citoyenne krank oder arbeitslos wird, wenn sie Bildungschancen für ihre Kinder sucht.

Natürlich ist die Citoyenne auch Konsumentin, Kundin, und sie ist es gerne. Aber auch beim Einkaufen ist ihr nicht gleichgültig, wo die Erdbeeren herkommen, wie und wo das T-Shirt gefertigt wurde. Die Kundin bleibt Citoyenne. Wo das Bewusstsein ökonomisiert ist, verhält sich die Kundin auch da als Konsumentin, wo sie Politik konsumiert. Links ist, auf die Citoyenne zu setzen und damit auf Demokratie.

Links ist heute die Weigerung, die Frage nach der Gerechtigkeit einfach dem Markt zuzuspielen. Sicher, der kennt seine eigene Gerechtigkeit – und das wäre die des Marktstaats: Der Tüchtige – und wohl auch der Rücksichtslose, der Gerissene – wird belohnt, die Bequeme – und wohl auch die Gewissenhafte, die Kranke – wird bestraft. Was sozial gerecht wäre, lässt sich nur im öffentlichen Diskurs ermitteln. Links ist, diesen Diskurs offen und lernbereit zu führen. Dabei geht es um Verteilungs- und Chancengerechtigkeit, nicht um eines anstelle des anderen. Links ist es daher, den demokratischen Rechts- und Sozialstaat mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, mitsamt seinem Gewaltmonopol. Denn keine Gesellschaft erleidet mehr Ungerechtigkeit als eine, in der die Sicherheit zur Ware wird, die nur noch wenige sich leisten können.

Politik jenseits des Nationalstaats

Ich höre schon den Einwand: Das klingt doch reichlich defensiv, ja konservativ. Dies gilt in der Tat, solange wir in Kategorien des Nationalstaats denken. Solange der Nationalstaat von einem global agierenden Kapital erpresst und notfalls ausgehungert werden kann, bleibt die Linke in der Defensive. Daher

muss ihr heißt für

Dass c den Vort lässt. Ke Markt ni investier

Aber e orte um mensteu entziehe Euch!" – Länder, e

Die Eu gemeins herausbi tisch nich global ag nationalk

Links i machen populisti in Deuts von Key George V Schulden weil sie Rechten definiere

Auch bleibt w tun. Es n dem Ma

Linke

Links wa Krieg ka zwischer 20. Jahr Staates i eine verr dass auch nomisch, genen un

muss ihr Gegenentwurf global oder doch mindestens regional sein, und das heißt für uns: europäisch.

Dass die Europäische Union immer größer wird, hat bei allen Nachteilen den Vorteil, dass hier ein Gebilde entsteht, das sich nur noch schwer erpressen lässt. Kein Konzern wird ernst genommen mit der Drohung, er wolle diesen Markt nicht mehr von innen bedienen. Er wird in der EU zu den Bedingungen investieren, welche die EU politisch festlegt.

Aber ebendies tut sie bisher nicht. Der Wettbewerb der nationalen Standorte um die günstigsten Bedingungen – auch um die niedrigsten Unternehmensteuern – ist noch in vollem Gang, und kein Finanzminister kann sich ihm entziehen. Links wäre heute nicht mehr: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ – sie tun es bekanntlich nicht –, sondern „Finanzminister aller EU-Länder, einigt Euch!“

Die Europäische Union war – und dafür gab es Gründe – konzipiert als gemeinsamer Markt, nicht als gemeinsamer Staat. Ob das, was sich schließlich herausbildet, von Staatsrechtlern das Prädikat „Staat“ erhält, interessiert politisch nicht. Wohl aber die Frage, ob dieses Europa in der Lage sein wird, dem global agierenden Kapital Rahmen zu zimmern, die so stabil sind wie einst die nationalstaatlichen, die nun zum guten Teil als Brennholz herumliegen.

Links ist europäisch. Wer so tut, als müsse man nur im Nationalstaat alles so machen wie die Sozialliberalen in den 70er Jahren, ist nicht links, sondern populistisch. In den 70er Jahren, in relativ geschlossenen Volkswirtschaften, in Deutschland bei äußerst niedriger Staatsverschuldung, waren die Lehren von Keynes anwendbar, für die Ölkrise allerdings nur bedingt tauglich. Ist George W. Bush Keynesianer, weil er eine gewaltige Rüstung permanent über Schulden finanziert? Ist er deshalb gar links? Waren Hitler und Schacht links, weil sie von Keynes lernten? Ökonomische Theorien mögen vorwiegend der Rechten oder der Linken dienen, was links und rechts ist, können sie nicht definieren.

Auch wenn die entscheidende Frage bleibt, welches Europa wir wollen, bleibt wichtig, was wir vor Ort, in Gemeinden, in Ländern, im Nationalstaat tun. Es muss ein Europa vorbereiten – oder wenigstens nicht erschweren –, in dem Markt, Staat und Zivilgesellschaft ein neues Gleichgewicht finden.

Linke Politik gegen den Staatszerfall

Links war zwar nie dasselbe wie pazifistisch, aber der Widerstand gegen den Krieg kam fast immer von links. Was bedeutet dies in einer Welt, in der Kriege zwischen Staaten aus der Mode kommen? In Europa sind Kriege wie im 20. Jahrhundert höchst unwahrscheinlich. Keine Armee eines europäischen Staates ist für sich alleine fähig, einen größeren Krieg zu führen, sogar wenn eine verrückte Führung ihn wollte. Der Irakkrieg hat allen vor Augen geführt, dass auch ein Krieg außerhalb Europas nur Verlierer kennt. Die Kosten, ökonomisch, politisch, moralisch, sind auch für den militärisch haushoch Überlegenen unkalkulierbar. Das letzte Wort hat nicht der Sieger, sondern die ent-

staatliche Gewalt im Lande des Besiegten. Heute gibt es ein Argument gegen den Krieg zwischen Staaten, das härter durchschlägt als alles, was Pazifisten je zu sagen hatten: Auch das militärisch turmhoch überlegene Israel, vom Sicherheitsrat zum Waffenstillstand gezwungen, steht heute schwächer da als vor dem asymmetrischen Krieg im Libanon. Er lohnt sich nicht, er ist in jedem Fall ein miserables Geschäft.

Dafür geht der Staatszerfall weiter, und mit ihm die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt. An immer neuen Stellen muss ein korrupter Staat den Kalaschnikows der Warlords oder der Killerbanden weichen. Einen ohnehin schwachen Staat zu ruinieren, gelingt oft in wenigen Jahren. Dann herrscht das Recht der Gewehrläufe. Opfer sind die Schwächsten. Eine staatliche Rechtsordnung wieder aufzurichten, kann Jahrzehnte dauern.

Der Westen, auch Europa, sieht meistens zu, auch wenn, wie im Kongo, Millionen vor die Hunde gehen. Zynische Nicht-Intervention ist häufiger als machthungrige Intervention. Daher dürfte der Widerstand gegen multilaterale Eingriffe in zerfallende oder zerfallene Staaten immer häufiger von rechts kommen: Was geht es uns an? Was haben wir davon? Sicher, jede unilaterale Intervention ist von Übel, sie kann nur das Unheil vermehren. Und jede Aktion der Vereinten Nationen kann schief gehen. Alles muss sorgfältig abgewogen werden. Aber das kategorische Nein dazu ist sicherlich nicht links. Links ist vielmehr die Suche nach einem internationalen Gewaltmonopol, das notfalls auch da wirksam wird, wo ein nationales Gewaltmonopol zerbrochen ist.

Anzeige

Jahresschwerpunkt der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V.

ZUKUNFT MIT UND OHNE ARBEIT?

TAGUNG

Arbeit ist unser Leben?

Zum Bedeutungs- und Funktionswandel der Arbeit und seinen Konsequenzen

- Knowledge workers, Entrepreneurs, Prosumenten, Prekariat – Kultfiguren der schönen neuen Arbeitswelt (Harald Wolf, SOFI)
- Leistungsgerechtigkeit im Wandel (Wolfgang Menz, Inst. f. Sozialforschung, Ffm)
- Die Zukunft der Industriearbeit – Globale und regionale Trends (Ulrich Jürgens, WZB)
- Dienstleistungsarbeit und Dienstleistungskultur (Heike Jacobsen, sfs)
- Wachstumchancen durch öffentliche Dienstleistungen – Die Beispiele Bildungs- und Gesundheitswesen (Michaela Evans, IAT)

Samstag, 25. November 2006 10.00 bis 17.00 Uhr

Stadtwerke Kundenzentrum, Raum A 202, Kurt-Schumacher-Str. 10, Frankfurt a.M.

Information / Anmeldung (bis 18. 11. 2006):

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V. Niddastr. 64 60329 Frankfurt
Tel.: 069-231090 info@hbs-hessen.de www.hbs-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V.

G
Ein
vorA
Is
1
auf ei
Angel
mell r
und -i
meins
LandDie
scher
anfan
zugru
Siche
vor gr
graph
gen g
nen e
Ein
die gr
fikanl
Die n
losigl
cheru
die ei
stück
portio
den r
einerDe
von 1
der g
von C

1 Vgl

Die EU und die Demokratie brauchen einander

*Wie zusammenkommen kann, was
zusammengehört*

Gastvortrag von Andreas Gross (Schweiz)

Pol'wiss/Lehrbeauftragter/NR/Europarat

Vorsitzender d. Sozialdemokraten in der Parl. V'lung des ER

Volkshochschule, Konstanz, den 9. Mai 2012

Info@andigross.ch / www.andigross.ch

Die 4 Leitthesen dieses Vortrags:

1. Die EU muss auf eine stärkere demokratisches Grundlage gestellt werden: Auf eine föderalistische europäische Bundesverfassung
2. Die Entmachtung der Demokratie kann nur mit deren transnationalen Verfassung aufgehalten werden.

Die 4 Leitthesen dieses Vortrags:

3. Die notwendige demokratische europäische Bürgerbewegung würde möglicher, wenn auch zu Hause die Rechte der Bürger durch den Einbau direktdemokratischer Rechte gestärkt würden.
4. Schaffen wir diese Erweiterung der Demokratie und die Stärkung der EU nicht, so ist die EU als Projekt gefährdet und der europaweit aufkommende Nationalismus nur schwer zu bändigen.

Leon Blum (1872-1950),

1941:

« Mann muss es vor aller Welt mit tiefster und unbeugsamster Überzeugung aussprechen: aus diesem Kriege müssen endlich durch und durch starke internationale Einrichtungen und eine durch und durch wirksame internationale Macht hervorgehen, sonst wird er nicht der letzte gewesen sein. (...)

Die internationale Gemeinschaft muss mit den Organen und der Macht versehen sein, die ihr die Erfüllung ihrer Funktionen erlauben. Ich verstehe darunter, dass sie klar und einmütig als ein oberster Staat über den nationalen Souveränitäten eingesetzt wird... Und dass die angeschlossenen Nationen die Begrenzung oder die Unterordnung ihrer eigenen Souveränität in Kauf nehmen (müssen). »

Altiero Spinelli (1907-1987),

1941:

« Die Übel der internationalen Unordnung rühren einzig und allein daher, dass es kein internationales Gesetz gibt.... Zu beseitigen sind diese Übel nur durch die Schaffung von Institutionen, die ein internationales Gesetz ausarbeiten und durchsetzen, das die Verfolgung von Zielen verhindert, die nur einer Nation Nutzen, den anderen aber Schaden bringen.

Diese Ordnung kann... Durch eine föderative Regelung geschaffen werden, die zwar jedem einzelnen Staat die Möglichkeit lässt, sein nationales Leben so zu gestalten, wie es am besten ... Passt, die aber der Souveränität aller angeschlossenen Staaten die Mittel entzieht, mit denen diese ihre partikularistischen Egoismen zur Geltung bringen könnten, und die ein internationales Gesetzeswerk schafft und wahrt, dem alle in gleicher Weise unterworfen sein müssen.“

Jean Monnet (1888-1979),

1943:

« Es ist unerlässlich, die entscheidenden Massnahmen vorzusehen, die den Kontinent Europa daran hindern, zum Chaos zu werden, und die Grundlagen legen, die seinen Wiederaufbau erlauben.....Wenn den Völkern Europas nichts vorgeschlagen wird, würde nochmals der Glaube triumphieren, dass durch Nationalismus und erneuerte nationale Souveränität in all ihren politischen wie wirtschaftlichen Formen die Ängste der Völker besänftigt und die Probleme der Zukunft geregelt werden könnten.

Es wird keinen Frieden in Europa geben, wenn die Staaten sich auf der Grundlage nationaler Souveränität mit allem, was das an Prestigepolitik und Wirtschaftsprotektionismus mit sich bringt, rekonstruieren. ...

Es kommt darauf an, dass die Wiederherstellung wirtschaftlicher Souveränitäten verhindert wird....Die Länder Europas sind zu klein, um ihren Völkern den Wohlstand gewährleisten zu können, den die modernen Bedingungen ermöglichen. Sie brauchen grössere Märkte.“

Paul-Henri Spaak (1899- 1972), 11.12.1951:

« Ich bewundere jene, die bei dem gegenwärtigen Zustand Europas so ruhig bleiben können....

Das Europa, von dem wir hier sprechen, ist einmal ein Europa, das wir schwer haben verstümmeln lassen. Ein Europa ohne Polen, ohne Ungarn, ohne den Balkan....

..bald wird man von den Kontinentaleuropäern sagen, dass sie das Nichtmitten Englands nur als Vorwand nehmen, um Europa nicht zu schaffen...

Wir hätten sagen müssen: Wir werden uns die Europäische Gemeinschaft vorstellen....

Ob wir es gern hören oder nicht, heute ist es nicht mehr diese Versammlung, die die Sache des Vereinigten Europas vertritt... Deshalb will ich meine ganze Handlungsfreiheit zurückgewinnen.... Und wirklich für Europa kämpfen !“

1951:Montanunion statt europ. Demokratie und Verfassung

1. **Wirtschaft statt Politik; Vertrag statt Verfassung; Regierungen statt BürgerInnen**
2. **Weshalb ?**
3. **Europa fehlte der Wille und die Souveränität; der Nationalismus überlebte den Krieg mehr als erhofft, der Kalte Krieg restaurierte ihn paradoxerweise; Europaprojekte langezeit elitär, keine Volksbewegung(en)....**

Der „Umweg“ ist für das 20.Jh. kein „Königsweg“ !

1. **Bis 1989 keine echte Alternative !**
2. **Doch weshalb 1991/92 bloss « Euro » und keine europäische Verfassung und Demokratie ? Defizite der Globalisierung noch nicht erkannt !**
3. **Folge: Wachsende Kluft zwischen EU und BürgerInnen: DK/F 1992; Irland Ende 1999; NL/F 2005**
2000-2009: « Überstürzte, nachgeholte, exekutiv beherrschte halbe ‚Verfassungs/Vertragsgebung‘ scheiterte »
Wer nimmt 2012 das Projekt wieder auf ?

Die „wilde Globalisierung“ der 1990er Jahre bestätigte die ursprünglichen Thesen der Europa-Pioniere

1. Wirtschaftlich ist die Grösse der Märkte logisch.
2. Märkte allein nehmen aber auf Menschen und Natur keine Rücksicht: Sie müssen politisch gezähmt, zivilisiert, eingehegt werden
3. Dazu benötigen wir entsprechend legitimierte politische Institutionen und Regeln.
4. Die föderalistische Europaverfassung als erster Schritt zur grossen Utopie der Weltverfassung.
5. Verschafft die Krise 2008/2009 dieser Erkenntnis die notwendige Basis ?

Der EU fehlt heute das, was eine transnationale föderalistische Demokratie leisten könnte

1. Direkte Legitimierung
2. Dezentralisierung und klare Aufgabenteilung
3. Transnationale Öffentlichkeit
4. Bürgerliche Identifikationsmöglichkeiten
5. Hohe Integrationskapazitäten
6. Transnationale Identitäten und Identifikationsmöglichkeiten

Das Verfassungsprojekt muss wieder aufgenommen werden

1. Mehr Demokratie bedeutet immer eine neue Machtverteilung: Die wird nicht von jenen angestossen, die heute genügend Macht haben.
2. Wahlen zu Hause und in der EU nutzen !
3. Neue EBI (seit April 2012) nutzen für eine « Verfassungs-Bürger- Initiative »
4. Die Demokratisierung der Demokratie zu Hause beginnen !

Andi Gross,

Morschach/SZ, 24.1.2014

SP-Fraktionsklausur zu Europa und EU:

«Mehr Demokratie in Europa: Wie die Weichen neu stellen?»

Mehr Demokratie in Europa: Die europäische Verfassungsfrage

17 Erinnerungen, Thesen, Fragen, Vorschläge, Reform-Perspektiven

1. Keine neue Frage: Die konkrete Utopie der Europapioniere von 1943-48; so der belgische antifaschistische Widerstand in seiner Zeitung 1942: «Wir müssen es auf europäischer Ebene nach dem Krieg so machen wie die Schweizer Kantone 1848!»

Verfassung steht immer für nationale bzw. europäische Verfassungsreferenden: Das heisst, Staats-Verträge kann man machen, ohne die Bürger/innen zu fragen, Verfassungen hingegen nur mit den Bürger/innen.

2. Die parlamentarische Versammlung des im Mai 1949 gegründeten Europarates hätte die verfassungsgebende Versammlung dieses föderalistisch und demokratisch verfassten Europa werden sollen; Dez. 1951 historisch gescheitert; 1. ER-Präsident Paul Henri Spaak tritt aus Protest zurück. (Denis de Rougemont, 1950, in seinem Flugblatt vor dem Strassburger Europahaus: «Verteidigt nicht (scheinbare nationale Souveränität), was Ihr gar nicht besitzt!»)
3. Das französische. Aussenminister/Direktor-Duo Schuman & Monnet antizipierten das Scheitern des verfassten politischen Europa und lancierten zur Rettung der Idee der Einigung Europas einen Staats-Vertrag zur gemeinsamen Verwaltung der Stahlindustrie derjenigen Länder, welche bereit waren, Souveränität zu delegieren und zu teilen.

<p><u>Vertrag statt Verfassung; Regierungen statt Bürger/innen; Wirtschaftsintegration statt politisch-demokratische Integration.</u></p>

Die politische Figur der Montanunion wurde zur Struktur der 6er EWG (1957) und ist bis heute das Grundmuster der 28er EU-Polity (Kommission mit ausschliesslich Gesetzesinitiative, (Mit-)Gesetzgeber Ministerrat, bzw. europäischer Rat, Luxemburger EU-Gericht, seit 1979 direkt gewähltes, immer noch mit zu wenig Kompetenzen ausgestattetes EP).

4. 1990/1991 waren die Ursachen, weshalb anfangs der 1950er die ursprünglich für die EU gedachte Form – föderalistisch verfasst – unmöglich war, überwunden:

Keine Spaltung mehr, Europa konnte über sich verfügen, gesellschaftlich und wirtschaftlich hoch integriert.

Doch den 12 Regierungschefs war am Maastrichter-Gipfel 1991/92 diese Möglichkeit mehrheitlich egal. Sie schufen, was Monnet/Schumann sich nie hätten vorstellen können: Eine gemeinsame Währung (Euro) ohne gemeinsame Demokratie und ohne gemeinsames wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisches Fundament. Sie dachten immer noch zu nationalistisch, die fehlende europäische Demokratie war zum Regieren durchaus angenehm – und einen entsprechenden Druck aus der Bürgerschaft war nicht zu vernehmen.

5. Zwar nahm das erstmals zur europäischen Integration gefragte französische Volk den „Vertrag von Maastricht“ im Plebiszit von September 1992 mit 50,5% Ja nur ganz knapp an, und der damalige EG-Präsident Jacques Delors zog am Tag danach in der „Liberation“ durchaus die richtige Schlussfolgerung „Bis jetzt haben wir Staaten integriert, jetzt müssen wir die Menschen zusammenbringen.“, doch es folgten keine entsprechenden Reformen. Im Gegenteil.
6. Ende 1999/2001 war es fast so weit. Nach Aussenminister Fischers Plädoyer für eine europäische Verfassung und der selbstkritischen, vom liberalen belg. Premier Verhofstadt inspirierten Lakener-Erklärung liess der europäische Rat einen zweiten Konvent zu; doch in beiden fehlten die Mehrheiten für einen echten europäischen Verfassungsgebungsprozess. Der Versuch mündete im Ungetüm eines sogenannten Verfassungs-Vertrags und scheiterte 2005 am negativen Ausgang der Plebiszite in den Niederlanden und in Frankreich. Heraus kam wieder ein klassischer Vertrag, der Lissabonner-Vertrag.

Der Lissabonner-Vertrag brachte einige politische Aufwertungen der nat. Parlamente (Subsidiarität), ebenso des EU-Parlaments (Wahlbehörde der Kommission, EP ist seit 2009 Teil des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens in weiteren 40 Bereichen, gleichberechtigt mit dem Ministerrat bei Entscheidungen über den EU-Haushalt) und für die Bürger (ECJ). Aber: Eine von BürgerInnen getragene Verfassung als eigentliches Fundament fehlt nach wie vor.

7. Wie sehr das Primat der Politik in der EU erodiert und wie sich die Machtverhältnisse von der Politik auf die Wirtschaft verschoben haben, zeigte sich nach 2008 angesichts der Banken- und Finanzkrise. Der Euro wurde ohne das gemeinschaftsorientierte wirtschafts- und finanzpolitische Fundament zum Spalter der EU. Europa wird wegen diesem mangelnden Fundament von immer mehr Menschen als Problem und nicht mehr als Problemlöser empfunden. Die Interessen von Millionen von Arbeitern und Angestellten gerieten unter die Räder. Ihren Stimmen sowie entsprechenden anderen Politiken war in den Strukturen der EU kaum Gehör zu verschaffen.
8. Die Konsequenz: Die Nationalisten waren in der EU heute noch nie so stark. Dem EP droht erstmals in der Geschichte eine Zusammensetzung mit mehr als einem Drittel Anti-Europäer.

9. Das Dilemma: Die EU braucht zur Überwindung der verschiedenen wirtschaftlichen Krisen mehr Kompetenzen; ihr werden diese aber so lange nicht mehr zugestanden, als diese ohne demokratische Kompensation abgegeben werden müssen. Das heisst mehr Kompetenzen in einigen Bereichen sind nur mit einer gleichzeitigen Demokratisierung der EU zu realisieren.

Die vermeintlichen Alternativen: Mehr Macht den Regierungschefs (Merkel) oder mehr Macht der Kommission über die parlamentarischen Kernhoheiten (Budget) finden keine Mehrheiten in der EU und stellen das europäische Integrationsprojekt ebenso und ganz grundsätzlich in Frage. Mehr Macht für die EP wird allein auch nicht akzeptiert als Problemlösungsperspektive. Erst recht nicht die Aufwertung der nationalen Parlamente zu europäischen Gesetzgebern.

Der Moment zum Umbau ist da. Dessen Notwendigkeit für Europäer und Demokraten und jene, welche unter Freiheit, das Recht, die Möglichkeit und die Fähigkeit verstehen, die wesentlichen Elemente der Lebenswirklichkeit gemeinsam selber bestimmen zu können, auch.

10. **Europa braucht heute nicht nur mehr genuin europäische Demokratie, sondern die Demokratie braucht auch die EU, die transnationale Ebene, wenn sie ihre substanziellen Versprechen in den kommenden Jahren auch/wieder einlösen will.**

Ansonsten gleicht sie immer länger dem Steuerruder eines Schiffes, das nicht mehr ins Wasser reicht und so das Schiff anderen Kräften folgen lässt als jenen, die am Steuerruder zu sitzen glauben.

11. Doch eine Lehre aus der Vergangenheit ist dringend: Mehr Demokratie kann man nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger einrichten und verfassen, sondern nur mit ihnen.

Damit dies möglich ist, muss man beispielsweise auch zeigen, dass eine gemeinsame europäische Verfassung die Basis schaffen könnte für eine europäische Arbeitslosenversicherung oder die Kompetenz für ein echt föderalistisches europ. Zweikammerparlament (der Senat würde von den nationalen Parlamenten gewählt), mit Verfassungsänderungen auch kapitalbegünstigende und die Arbeit diskriminierende Urteile des Luxemburger EU-Gerichtes zu „korrigieren“.

12. Ohne dass sich die Bürgerinnen und Bürger kontinental und massenweise eingemischt hätten, wäre Politik heute immer noch Männersache, die Sicherheitspolitik eine Sache der Generäle und Offiziere, die Energiepolitik eine Affaire der Atomenergie-Multis, die Entwicklungszusammenarbeit wenn überhaupt von den Multis geprägt.

Das Wirtschafts-Europa hat sich der Menschen immer bedient und die Menschen haben sich dieses Europa noch nie zu ihrer eigenen Sache gemacht; schon gar nicht transnational, eben europäisch, und in einer radikaldemokratischen Reformperspektive. **Wundert es uns da noch, dass Europa heute in einer so schlechten Verfassung ist?**

Der Aufbau einer starken transnationalen BürgerInnen-Bewegung für ein demokratisches Europa und eine europäisch verfasste Demokratie ist mehr als dringend. Entsprechende Anstrengungen und Anfänge gilt es überall zu unterstützen.

13. Die europäische Integration ist ein Prozess, der nicht endet. Er ist heute „bloss“ mit seiner grössten Krise, seinem alten zentralen Strukturproblem konfrontiert. Er kann auch neue Formen annehmen. So ist den meisten klar, dass die langsame oder schnelle Implosion der jetzigen EU, sofort eine neue Form eines noch stärkeren Kerneuropas mit sich bringen würde. Für die Schweiz keine besonders heitere Perspektive: Denn seine Nachbarn und wichtigsten Partner wären auch bei dieser neuen EU dabei, allerdings noch unnachsichtiger gegenüber helvetischen Sonderwegen als die gegenwärtige EU.

14. Allein, ohne die transnationale Gemeinschaft, kann kein Nationalstaat – weder ein grosser wie D oder F, noch ein kleiner wie die CH – die Demokratie und die oben definierte Freiheit – und im Falle der Schweiz auch ihre industrielle Basis – verteidigen, beziehungsweise retten.

Allein ginge die Schweiz den Weg zu einem grossen Finanz-Monaco. Doch sind wir uns bewusst, dass die „Schweiz“ schon heute bei vielen als Chiffre gilt für einen Staat, der nicht mehr an der Gestaltung seines Umfeldes mitwirken möchte?

Gerade darum hat auch die Sozialdemokratie in der Schweiz eine entscheidende Aufgabe: sich für den fortdauernden Prozess der europäischen Integration einzusetzen und die Demokratisierung Europas immer wieder einzufordern, zu denken und mitzugestalten. Wir müssen eine stützende, europareformerische Stimme sein mit einer eigenen transnationalen Reformperspektive.

15. Heute ist die europäische Gesellschaft integrierter und existenziell noch mehr voneinander abhängig als die schweizerische 1847/48. Würden wir einen Bund akzeptieren, den der Zürcher Regierungspräsident regieren würde in Absprache mit seinem Berner Kollegen? Würden wir akzeptieren, dass statt der Bundesversammlung die Konferenz der Kantonsregierungen Bundesrecht schaffen würde? Würden wir als Glarner oder Thurgauer Kantonsräte Tausende von interkantonalen Regierungsvereinbaren akzeptieren, welche statt den Bundesgesetzen die Schweiz und damit auch weitgehend Glarner und Thurgauer Lebenswirklichkeiten bestimmen würden? Ganz abgesehen davon, dass die meisten Realitäten von Berlin, Washington und Peking geprägt würden.
16. Vergessen wir nicht, wie im Eishockey oder im Billard erfolgreich gespielt wird: Es muss über die Bande gespielt werden. Das heisst wir können europapolitisch in der Schweiz nur erfolgreich sein, wenn wir europareformerisch auftreten reden und handeln und nicht unüberlegt den Europa-Skeptikern in die Hand spielen. Je besser uns dies zusammen mit anderen europäischen Demokraten und Demokratinnen gelingt, um so mehr können wir Europa demokratisieren, die Demokratie restaurieren und in der Schweiz Mehrheiten davon überzeugen.
17. Der Bund muss Ressourcen zur Verfügung stellen, die für die vielfältige Arbeit an und mit Europa und der Transnationalisierung der Demokratie, für entsprechende Bildungs- und Informationsleistungen, für europäische Engagements genutzt werden können. Nur wenn mehr über einiges besser bescheid wissen im Zusammenhang mit der Demokratie und Europa und entsprechende europäische Handlungserfahrungen machen können, kann die nationalkonservative Hegemonie in der Schweiz überwunden werden.